Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — **Burscheider Zeitung** — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 23 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Donnerstag, 28. Januar 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln, Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Arbeit für 1 Million Menschen?

Ein neues Arbeitsbeschaffungsprojekt

Reichstagspräsident Löbe hat dieser Tage in einer Versammlung von Plänen gesprochen, wonach eine Million Arbeitsloser durch Beschäftigung mit umfangreichen öffentlichen Arbeiten wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden sollen. Wie wir erfahren, wird der Reichstagspräsident mit Reichskanzler Dr. Brüning eine Besprechung über dieses Problem haben.

Auslegung des Uniformverbots

Der preußische Ministerium des Innern hat am 22. d. M. einen Runderlaß über die Auslegung des Uniformverbots in der Vierten Notverordnung vom 8. 12. 31 erlassen, der im Ministerialblatt veröffentlicht wird.

Da in der Vierten Notverordnung ein Merkmal der Abweichung von der üblichen bürgerlichen Kleidung nicht enthalten ist, kommt es, wie der Erlaß ausdrückt, für die Feststellung, ob eine einheitliche Kleidung vorliegt, nicht darauf an, adß diese Kleidung von der üblichen bürgerlichen Kleidung abweicht. Maßgebend ist lediglich die Tatsache der Einheitlichkeit und ihre Beziehung zu einer politischen Vereinigung. Bei der Prüfung des Tatbestandes des Uniformverbots wird allerdings die Frage, ob es sich bei einem Kleidungsstück um einen Gegenstand der übrigen bürgerlichen Kleidung handelt oder nicht, eine wichtige Rolle spielen. Werden daher, so heißt es in dem Runderlaß, von der üblichen bürgerlichen Kleidung abweichende Kleidungs- oder Ausrüstungsstücke von Mitgliedern politischer Vereinigungen getragen, so muß angenommen werden, daß sie die Zugehörigkeit zu dieser politschen Organisation kennzeichnen sollen. Hierunter fallen alle Kleidungstücke und Ausrüstungsstücke die mit Abzeichen (Streifen, Schnüren, Nummern, besonderen Knöpfen usw) versehen sind, ferner Leibkoppel, Schulterriemen u. a.

Kleidungsstücke, die an sich nach Form, Farbe, Schnitt von der üblichen bürgerlichen Kleidung nicht abweichen, z. B. Mäntel, Windjacken, Hemden, Hosen, Mützen, Gamaschen, Stiefel fallen dann unter das Uniformverbot, wenn sie infolge ihrer erkennbaren einheitlichen Aufmachung dazu bestimmt sind, ihre Träger als Angehörige einer bestimmten politischen Organisation zu kennzeichnen.

Der Runderlaß enthält dann ein Beispiel für unter das Uniformverbot fallende Bekleidung. Das Tragen von Windjacken und sogenannten blauen Schiffermützen in der überall käuflichen Form wird noch keinen Verstoß gegen das Verbot darstellen. Sobald aber nur geringe Abweichungen von der gewöhnlichen Form zu beobachten sind, z. B. braune Ledersturmriemen an blauen Schiffermützen, gleichmäßig gehaltene Fußbekleidung, wie hohe Schnürstiefel etc., ist die Sachlage anders zu beurteilen.

Propaganda für Verleihung des Nobelpreises an Upton Sinclair

Der schwedischen Akademie ist eine Eingabe übersandt worden, den Nobelpreis für Literatur dem bekannten amerikanischen Schriftsteller Upton Sinclair zu verleihen, der „auf dem Gebiete der Literatur die ausgezeichnetsten Werke idealistischer Tendenz verfaßt" habe. Seine Bücher, die in über 30 Sprachen übersetzt wurden, hätten eine tiefe Wirkung auf das Denken der Massen und des regeren Teils der kultivierten Welt ausgeübt. Die Eingabe wird von Bernard Shaw, Bertrand Russell, Prof. Einstein und 770 anderen befürwortet.

Blutbad in Salvador
Der Aufstand unterdrückt

Nach einer Meldung aus San Salvador hat die Militärjunta den kommunistischen Aufstand unterdrückt. Die Regierungstruppen haben alle Dörfer und Städte nach einem furchtbaren Blutbad unter den Aufständischen wieder erobert. 19 Kommunisten, die man in Kasernen aufspürte, wurden hingerichtet.

Die Regierung gegen Landung britischer Marinefüsiliere

Wie Reuter aus San Salvador meldet, hat die Regierung ein Angebot des britischen Geschäftsträgers, Marinefüsiliere zum Schutze der englischen Gesandtschaft und der englischen Interessen landen zu lassen, mit Dank abgelehnt. Das Angebot ist infolgedessen zurückgezogen worden.

Zur Reichspräsidentenwahl

Ein größerer Kreis überparteilicher Persönlichkeiten aus verschiedenen Ständen und Kreisen des Landes Bayern erläßt nachstehenden Aufruf zur Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg:

Der außenpolitische Erfolg der kommenden entscheidungsreichen internationalen Verhandlungen ist mitbedingt durch die Geschlossenheit, mit der das deutsche Volk hinter seinen Unterhändlern steht.

Auf den Einsatz des gewaltigen Ansehens, das der Name Hindenburg im In- und Auslande genießt, dürfen wir nicht verzichten. Kein zweiter Deutscher besitzt in ähnlichem Maße das überparteiliche Vertrauen des deutschen Volkes, kein zweiter verkörpert so vollkommen für die Welt den Glauben an Deutschland. Wir sollten deshalb dem Schicksal für jede Stunde danken, die der Generalfeldmarschall sein hohes Amt noch weiterhin ausübt.

Sein Ausscheiden würde schwere Parteikämpfe heraufbeschwören, deren Ausgang ungewiß ist, würde den Weg für Zufallsanwartschaften frei machen, die vermieden werden müssen, zumal der erprobte Führer vorhanden ist.

Vor sieben Jahren feierte Deutschland die Wahl Hindenburgs als Sieg des deutschen Gedankens. Deutsche Pflicht ist es auch heute, den Feldmarschall auf den Schild zu heben. Die Reichsverfassung sieht die Volkswahl vor und damit die Kundgebung des Volkswillens jenseits der Parteimeinungen. Es ist höchste Zeit und Aufgabe aller, die Volk und Vaterland lieben, zur Tat zu schreiten.

Das bayerische Volk hat 1925 die Wahl des Feldmarschalls entscheidend mitbeeinflußt. Wir halten uns daher befugt, den ersten Schritt zu tun.

Wir rufen auf zur Wiederwahl des Mannes, der, wie kein zweiter, Deutschland verkörpert. Wir wollen den Herrn Reichspräsidenten bitten, sich zur Wahl erneut zur Verfügung zu stellen.

Unser Ruf ergeht an alle, ohne Unterschied des Alters, des Standes, des Geschlechtes, des Bekenntnisses und der Partei.

München, den 27. Januar 1932

gez. Jahn
Präsident des Reichsfinanzhofes i. R.

Es folgen eine Reihe weiterer Unterschriften, unter ihnen: Dr. A. Betz, Verlagsdirektor, Graf v. Bothmer, Generaloberst a. D., Buchner, Verleger, Fritz Buechner, Hauptschriftleiter, Freiherr v. Cramer-Klett, Gutsbesitzer, Dr. H. Dorn, Präsident des Reichsfinanzhofes, Dr. Escherich-Isen, Forstrat, Dr. Fehr (Weihenstephan), Minister a. D., Cajetan Freund, Schriftsteller, Fürst Fugger-Cloett, H. Freiherr v. Gebsattel (Bamberg), General a. D., Dr. K. Goebel, Präsident der Akademie der Wissenschaften, Dr. Max Halbe, Schriftsteller, Dr. Georg Heim, Regensburg, Hipp, Regensburg, Oberbürgermeister, Dr. H. Kuefner, Zweiter Bürgermeister, W. Leupold, Verlagsdirektor, H. v. Seißer, Oberst a. D., Dr. K. Scharnagl, Oberbürgermeister, Adolf Schiedt, Chefredakteur, Ferdinand Schmidschneider, Verleger, Dr. R. Willstaotter, Universitätsprofessor.

*

Bemühungen Dr. Sahms um einen überparteilichen „Hindenburg-Ausschuß"

Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, Dr. Sahm, ist — wie das Wolffbüro erfährt — seit mehreren Tagen um die Bildung eines überparteilichen Ausschusses führender Persönlichkeiten aus allen Kreisen des deutschen Volkes bemüht, der die Wiederwahl des gegenwärtigen Reichspräsidenten v. Hindenburg in die Wege leiten soll. Es ist dabei an Männer und Frauen gedacht, die in maßgebender Stellung mit großen Bevölkerungsschichten in enger Fühlung stehen. Dr. Sahm wird die Einladungen an die Aussicht genommenen Persönlichkeiten in kürzester Frist hinausgehen lassen, sodaß der „Hindenburg-Ausschuß" Anfang nächster Woche mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit treten dürfte.

Reichskanzler a. D. Dr. Marx für Hindenburg

In einer Versammlung der Zentrumspartei in Halberstadt behandelte der frühere Reichskanzler Dr. Marx die gegenwärtige politische Lage. In der Frage der Reichspräsidentenwahl vertrat Marx die Ansicht, daß Reichspräsident von Hindenburg der einzige in Frage kommende Kandidat für die Neuwahlen sei. Die Stunden mit Hindenburg seien ihm die schönsten Erinnerungen aus der Zeit seiner Kanzlerschaft. Ein Zusammengehen mit der nationalsozialistischen Partei sei für das Zentrum solange unmöglich, als die Nationalsozialisten ihre Grundsätze nicht revidierten. Der Redner beklagte, daß man dem Gedanken der Demokratie in Deutschland so häufig eine falsche Auslegung gebe, er beklagte auch den ewigen Zwist, insbesondere den konfessionellen Hader. Wahre nationale Gesinnung bestehe in Mitarbeit und Mitverantwortung.

Zaleski über den Nichtangriffspakt

In einem Presseinterview in Moskau über den Nichtangriffspakt erklärte Außenminister Zaleski: Dieser Pakt ist nur eine Erweiterung der Bestimmungen des Kellogg-Paktes und stellt so einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Befriedung Osteuropas dar. Durch sein Zustandekommen nach so langen und schwierigen Verhandlungen hat Polen wieder einmal seinen sich stets gleichbleibenden aufrichtigen Wunsch nach Mitarbeit an der Festigung und dem organischen Ausbau der Völkerbeziehungen bewiesen. Der Pakt wird durch ein Schlichtungsabkommen ergänzt werden, das einen weiteren Fortschritt zur friedlichen Lösung von Streitigkeiten mit unseren östlichen Nachbarn bedeuten wird. Zaleski sprach die Ueberzeugung aus, daß die endgültige Abfassung des Textes des polnisch-russischen Paktes die Verhandlungen der anderen interessierten Staaten erleichtern werde, nachdem Finnland unmittelbar vor Polen einen Pakt mit Rußland unterzeichnet habe.

Beginn der Wahldebatte in der französischen Kammer

Bei Beginn der Aussprache über den Gesetzentwurf zur Feststellung der Anzahl der Abgeordneten für die 15. Legislaturperiode kam es in der französischen Kammer zwischen dem Verteidiger der Abschaffung des 2. Wahlganges, dem Abgeordneten Mandel, und dem sozialistischen Abgeordneten Bracke zu einer Auseinandersetzung, die mit der Ablehnung eines von Bracke gestellten Antrages auf Vertagung mit 352 gegen 217 Stimmen endete. Sodann beantragte der sozialistische Abgeordnete Frossard die Verschiebung der Debatte auf morgen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, und zwar mit 316 gegen 252 Stimmen. Ueber beide Anträge wurde durch die zeitraubende, je eine Stunde in Anspruch nehmende Abstimmung auf der Tribüne entschieden.

Genf!

Briand Nachfolger Drummonds?

Einer Exchange-Meldung aus Genf zufolge ist unter den Delegierten eine Agitation im Gange, Briand zu veranlassen, der Nachfolger Sir Eric Drummonds als Generalsekretär des Völkerbundes zu werden. Drummond habe es endgültig abgelehnt, weiter im Amte zu bleiben.

Die britische Delegation für die Abrüstungskonferenz

Die offizielle Liste der englischen Delegierten zur Abrüstungskonferenz ist in London veröffentlicht worden. Hauptdelegierte sind der Premierminister, der Außenminister, die Minister für Dominions, Krieg und Luftfahrt und der Erste Lord der Admiralität. Unter den stellvertretenden Delegierten befindet sich auch eine Frau, die Abgeordnete Corbett Ashby.

Premierminister Macdonald hofft, wie die englischen Blätter melden, sich in der zweiten Konferenzwoche nach Genf zur Teilnahme an den Abrüstungserörterungen begeben zu können.

Die Preissenkung

Um den Bierpreis

Aus Berlin, 27. Januar, wird gemeldet: Die Verhandlungen mit dem Brauereigewerbe haben heute zu einer Senkung der gebundenen Bierpreise um 2 RM. je Hektoliter Vollbier ab 1. Februar 1932 geführt. Die volle Senkung des biersteuerfreien Teiles des Erzeugerteiles um zehn Prozent laut Notverordnung ist damit nicht erreicht, wäre aber auch nur bei einer damit verbundenen Steigerung des Konsums vertretbar, die gegenwärtig nicht zu erwarten sei.

Eine etwaige Herabsetzung der Biersteuer, so heißt es in der Wolffmeldung weiter, wird nicht nur dem Verbraucher vollauf zugute kommen, sondern auch der biersteuerfreie Teil des Brauereipreises wird dann um volle zehn Prozent gesenkt werden. Die Maßnahmen des Reichskommissars für Preisüberwachung betreffs der freien Bierpreise und der Bruttoverdienstspanne der Schankwirte werden durch diese Regelung nicht berührt.

*

Aus Berlin wird weiter gemeldet: Im Zusammenhang mit den Verhandlungen um die Bierpreissenkung haben jetzt der Deutsche Gastwirtsverband und der Reichsinteressenverband im deutschen Gastwirtsgewerbe an den Reichskommissar für Preisüberwachung, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, ein Schreiben gesandt. Darin erklären die beiden Organisationen, daß sie nach nochmaliger stundenlanger Beratung nicht in der Lage seien, zur Senkung der Ausschankpreise Vorschläge zu machen, die technisch durchführbar seien und vom Gewerbe getragen werden könnten. Das Gastwirtsgewerbe erkenne die Notwendigkeit einer für den Verbraucher fühlbaren und den Konsum belebenden Preissenkung durchaus an, sei aber der Auffassung, daß hierzu die Senkung des Brauereipreises um nur zwei RM. für das Hektoliter, besonders unter Berücksichtigung der Erhöhung der Umsatzsteuer von 0.85 auf 2 Prozent, nicht ausreiche. Das Gewerbe habe von sich aus den lebhaften Wunsch, einen fühlbaren Abbau des Ausschankpreises vorzunehmen, dies sei aber nach allgemeiner, auch von der Reichsregierung anerkannter Auffassung nur durch eine gleichzeitige Senkung der überspannten Biersteuer möglich.

Maßnahmen gegen säumige Durchführung

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat an die Landesbeauftragten für Preisüberwachung und an die Gemeinden ein Rundschreiben gesandt, in dem er sich mit einer Reihe von Schwierigkeiten beschäftigt, die bei der Durchführung der Preissenkungsaktion entstanden sind.

Der Reichskommissar teilt in diesem Schreiben mit, daß in einer Reihe von Fällen die Preisverzeichnisbestimmungen nur unvollkommen befolgt werden. Er empfiehlt, diejenigen Geschäfte, die die Bestimmungen nicht befolgen, zu verwarnen und von ihnen mit einer 24stündigen Frist die Aushängung der Preisverzeichnisse zu verlangen.

Weiter wendet sich der Preiskommissar gegen die Unsitte, beim Verkauf kleinerer Mengen eine unzulässige Aufrundung des Preises vorzunehmen. Der Preiskommissar bezeichnet es als völlig unzulässig, Bruchteile von Pfennigen auf 5 oder 10 Pfennig aufzurunden, sie dürfen nur auf ganze Pfennige aufgerundet werden.

Außerdem beschäftigt sich das Rundschreiben mit einer Reihe von Beschwerden, insbesondere aus westlichen Bezirken, die sich gegen eine Erhöhung der Preise an Lohntagen wenden.

Dr. Goerdeler ersucht, gegen diejenigen Geschäfte, die auf diese Weise die Preissenkungsaktion durchkreuzen, gegebenenfalls mit der Androhung der Geschäftsschließung vorzugehen.

Keine neuen Gehaltskürzungen

Auf einer Tagung der Staatspartei in Dortmund teilte, der Voss. Zeitung zufolge, der frühere preußische Finanzminister Höpker-Aschoff mit, Reichsfinanzminister Dietrich habe bindend zugesagt, daß weder neue Gehaltskürzungen, noch ein neues Besoldungsgesetz kommen würden. Wörtlich habe Dietrich erklärt: „Ich bin doch noch gesund und werde mir solche Dinge nicht auf den Hals laden."

„Körperverletzung“

im Strafrechtsausschuß des Reichstages

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages beriet am Mittwoch die Bestimmungen über Körperverletzung. Deutschnationale, Nationalsozialisten und Wirtschaftspartei beteiligten sich nicht an den Beratungen. § 259 über

die einfache Körperverletzung

wurde unverändert nach der Vorlage angenommen. Er sieht Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe vor und bestimmt, daß das Gericht in besonders leichten Fällen von Strafe ganz absehen kann.

Unverändert angenommen wurden ferner die §§ 260 bis 262, die

die schwere, gefährliche und absichtlich schwere Körperverletzung

behandeln. Schwere Körperverletzung wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren, bei Todeserfolg bis zu 10 Jahren, gefährliche mit Gefängnis und absichtlich schwere Körperverletzung mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren, bei Todeserfolg ohne zeitliche Begrenzung bedroht.

Eine längere Aussprache entspann sich über den § 263, der die

Heilbehandlung im Rahmen des Abschnittes „Körperverletzung“

zum Inhalt hat.

Es wurde darauf hingewiesen, daß die Formulierung dieses Paragraphen sich gegen die unverantwortliche

Experimentiererei an Menschen

richten müsse.

Oberreichsanwalt i. R. Dr. Ebermayer legte dar, das Reichsgericht habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß zu Heilzwecken vorgenommene Eingriffe unter allen Umständen, auch wenn sie kunstgerecht vorgenommen würden, eine rechtswidrige Körperverletzung seien, deren Rechtswidrigkeit lediglich durch Einwilligung des Kranken oder dessen gesetzlichen Vertreters beseitigt werden könnte. Wenn man die Einwilligung in jedem Falle verlangte, würde das zu unmöglichen Konsequenzen führen. Der Entwurf denke nicht daran, den § 263 auf Aerzte zu beschränken. Wenn der Arzt gewissenhaft vorgehe, und auf Grund der Diagnose dazu komme, eine Operation vorzunehmen, und es stelle sich heraus, daß die Operation unnötig gewesen sei, dann sei nicht einzusehen, warum der Arzt bestraft werden solle. Sei der Irrtum des Arztes fahrlässig, dann werde der Arzt wegen fahrlässiger Körperverletzung bestraft werden.

Die Kommunisten wünschten, daß auch ausdrücklich die Heilkundigen in den Schutz des § 263 einbezogen würden.

Schließlich wurde der Paragraph nach einem Antrag des Abg. Dr. Moses (Soz.) in folgender Fassung angenommen:

„Eingriffe und Behandlungen, die lediglich zu Heilzwecken oder zur Verhütung von Krankheiten oder Gebrechen erfolgen und der Uebung eines gewissenhaften Arztes entsprechen, sind keine Körperverletzungen im Sinne des Gesetzes.“

Kriegsbeschädigtenfragen

Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen beschäftigte sich am Mittwoch zunächst mit der

Herabsetzung der Zahl der Hauptversorgungs- und Versorgungsämter.

Die Zahl der Versorgungsämter, die ursprünglich 300 betragen hat, ist inzwischen bereits auf 100 heruntergesetzt worden, und soll jetzt um weitere 23 herabgemindert werden.

Auf Antrag des Abg. Dr. Krone (Zentr.) wurde mit Mehrheit beschlossen, der Regierung zur Erwägung zu geben, sowohl das Hauptversorgungsamt Karlsruhe als auch das in Stuttgart bestehen zu lassen.

Der Ausschuß beriet sodann Eingaben, die auf

die Notverordnung

vom 9. Dezember 1931 Bezug nehmen.

Abg. D. Dr. Mumm (Christlichsozial) brachte einen Antrag ein zur Milderung von Härten. Da z. B. die Anrechnung der Kriegsrente auf die Renten aus der Sozialversicherung besonders hart die Schwerbeschädigten und die Kinderreichen trifft, soll ein Mindestbetrag belassen werden.

Der anrechnungsfreie Betrag bei der Kriegsrente ist durch eine Staffelung der Schwere des Kriegsleidens anzupassen. Ferner sollte unter Berücksichtigung des Art. 119 der Reichsverfassung der anrechnungsfreie Betrag für jedes Kind entsprechend erhöht werden. Endlich erscheine es dringend geboten, den kapitalisierten Rententeil von der Anrechnung frei zu lassen.

Ein Regierungsvertreter legt dar, bei den Geschädigten und Hinterbliebenen, die seinerzeit wegen des Bezuges der Renten aus der Sozialversicherung die Zusatzrente verloren hätten, ergebe sich insofern ein gewisser Ausgleich, als diesen jetzt die Zusatzrente wieder gewährt werden könne. Die Schwierigkeiten, die sich insbesondere für diejenigen Kriegsbeschädigten ergeben hätte die eine Kapitalabfindung erhalten hätten, würden zur Zeit im Reichsarbeitsministerium überprüft.

Eine Beschlußfassung über diesen Antrag erfolgte noch nicht.

Rücktritt des Kabinetts Buresch

Aus Wien, 27. Jan., wird gemeldet: Der Ministerrat beschloß heute nach einem Bericht des Bundeskanzlers die Gesamtdemission der Bundesregierung, die von dem Bundeskanzler sogleich dem Bundespräsidenten unterbreitet wurde. Der Bundespräsident nahm die Demission der Gesamtregierung an.

In Berücksichtigung der innen- und außenpolitischen Lage Oesterreichs, die zwischen dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler eingehend erörtert wurde, hat sodann der Bundespräsident Dr. Buresch ersucht, die Wiederbetreuung mit dem Amte des Bundeskanzlers zu übernehmen und ihm sobald wie möglich seine Vorschläge über die Bildung der neuen Regierung zu übermitteln. Bundeskanzler Dr. Buresch hat sich bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen.

Buresch kündigte Verhandlungen mit den Parteiführern im Parlament an über die Neubildung der Regierung.

Ueber die Gründe des Rücktritts Buresch's verlautet in parlamentarischen Kreisen, er habe gefühlt, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen, besonders angesichts der Haltung der Christlichsozialen in Tirol und Kärnten, bei seiner Partei nicht mehr die notwendige Unterstützung finden würde. Ferner soll ein gewisses Mißverhältnis zwischen den Vertretern der Großdeutschen in der Regierung und der Haltung ihrer Fraktionsgenossen im Nationalrat mitgesprochen haben.

Dr. Buresch über seine Verhandlungen in Genf

In der Oesterreichischen Völkerbundsliga sprach Bundeskanzler Dr. Buresch über seine Verhandlungen in Genf. Oesterreich habe beim Völkerbund immer Verständnis für die besonderen Verhältnisse seines Landes und oftmals materielle und moralische Hilfe gefunden. Die Regierung werde das Budgetgleichgewicht bei Bund, Ländern und Gemeinden unter allen Umständen aufrecht erhalten, die Notenpresse für staatliche Zwecke absolut nicht heranziehen, die Gebarung der Bundesbahnen streng kontrollieren und die Verwaltungsreform beenden. Die österreichische Währung müsse vor jeder Inflation gehütet werden, das Problem der Credit-Anstalt bedürfe einer dringenden Lösung, weil damit auch das Vertrauen in die österreichische Wirtschaft wiederkehren werde. Anzeichen einer Wiederkehr des Vertrauens hätten sich in der Steigerung der Spareinlagen und namhaften Abnahme des Wechselbestandes der Nationalbank gezeigt. Durch die Maßnahmen der Nachbarstaaten sei Oesterreich zu einer schärferen Devisenbewirtschaftung gezwungen worden. Die Regierung hoffe, daß sie wieder zu einer Erleichterung der Devisenbewirtschaftung werde zurückkehren können. Auf Grund des Berichtes des Genfer Finanzkomitees werde über ein Stillhalteabkommen aller Auslandsgläubiger verhandelt werden, wodurch bei gebesserten Wirtschaftsverhältnissen der Weg für eine Anleihe frei werde. Das Gläubigerkomitee der Credit-Anstalt sei heute von der Regierung ersucht worden, falls es noch keinen Generaldirektor namhaft gemacht habe, einen Delegierten nach Wien zu entsenden, welchem die Regierung selbst Vorschläge unterbreiten werde. Oesterreich werde keine größeren Haftungen für die Creditanstalt übernehmen, als notwendig seien. Ueber die Abgrenzung der Haftung liege ein interner Plan vor, der dem Gläubigerkomitee vorgelegt werde. Oesterreich habe sich an dem Völkerbund mit dem Ersuchen gewandt, ihm ein größeres Maß von wirtschaftlicher Freiheit einzuräumen und eine bessere ökonomische Bewegungsfreiheit zu gewähren, damit Oesterreich mit allen Nachbarstaaten ohne an eine politische Bindung zu denken, die wirtschaftsfördernden Abkommen treffen könne. Wir werden nie, so schloß der Bundeskanzler, außer acht lassen, daß Oesterreich ein deutscher Staat ist, und wir werden diese Linie halten. Die Regierung wird demnächst, sobald das Vertrauen wiedergekehrt sein wird, eine innere Anleihe, die durchaus keine Zwangsanleihe sein wird, auflegen. Später wird sich Oesterreich auch an das Ausland um eine Anleihe wenden. Es will jedoch vorerst zur Selbsthilfe auf finanziellem Gebiet greifen.

400 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung eines Börsenvorstandes

Wegen öffentlicher Beleidigung der Mitglieder des Vorstandes der Produktenbörse hatte sich vor dem Schnell-Schöffengericht in Moabit der verantwortliche Redakteur des „Angriffs“, Gien, zu verantworten. Der „Angriff“ hatte in seiner Beilage „Roter Adler“ im Dezember vor. Js. einen Artikel „Landwirtschaft und Produktenbörse“ veröffentlicht. Dieser Artikel befaßte sich mit der Tätigkeit des Börsenvorstandes, dessen Mitglieder nach ihren Konfessionen namentlich aufgeführt waren. Der Artikel schloß mit dem Satz: „Der Börsenjude klaut, was der Bauer baut“.

Das Schöffengericht kam zu der Ueberzeugung, daß die Tendenz des Artikels dahin gehe, die Tätigkeit der jüdischen Mitglieder des Börsenvorstandes ziele darauf ab, den Landwirt um seinen schwer verdienten Lohn zu bringen. Darin liege eine schwere Beleidigung. Das Schnell-Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung zu 400 Mark Geldstrafe. Den Nebenklägern wurde Publikationsbefugnis zugesprochen.

Ergebnislose Verhandlungen zwischen Rumänien und der Sowjetunion

Die Lettische Telegraphenagentur meldet: Ueber die in Riga zwischen Rumänien und der Sowjetunion geführten Verhandlungen wird von rumänischer autorisierter Seite folgende Erklärung abgegeben: Die rumänische Regierung sieht sich gezwungen, festzustellen, daß die Moskauer Regierung von Anfang an in einem rumänisch-russischen Nichtangriffspakt nur eine Gelegenheit sah, den Wert derjenigen Verpflichtungen, die bereits früher zwischen den beiden Ländern bestanden, wie z. B. den Kellogg-Pakt und das Litwinow-Protokoll, zu schmälern. Die rumänische Regierung hat bisher vergeblich die Moskauer Regierung gebeten, in ihrem Paktentwurf die formellen Versprechungen zu berücksichtigen, auf Grund deren Rumänien die Verhandlungen aufgenommen hatte und in ihn die charakteristischen Wesensteile eines Nichtangriffspaktes hineinzuarbeiten. Unter diesen Umständen und bis zu einer Aenderung der Haltung der Sowjetregierung zieht es Rumänien vor, auf dem durch den Pakt von Paris und das Moskauer Protokoll begründeten Rechtsstandpunkt zu verbleiben.

Unbewiesene französische Behauptungen über Wiederaufbaukosten und Reparationszahlungen

In einem Teil der französischen Presse werden in Berichten über Verhandlungen des Finanzausschusses der Kammer und in Ausführungen des Finanzministers Flandin Zahlen über die deutschen Reparationsleistungen und die französischen Wiederaufbaukosten genannt, die nach Auffassung deutscher politischer Kreise auf völlig unbegründeten Berechnungen beruhen.

Wenn die deutschen Gesamtleistungen einschließlich der Barleistungen, Sachleistungen und Abtretungen auf etwa 21 Milliarden Goldmark berechnet werden, so decken sich diese Berechnungen mit denen der Reparationskommission. Sie sind aber niemals von Deutschland anerkannt worden. Im übrigen ist auch völlig unbekannt, wie diese Summe zu verteilen ist. Ebenso unmöglich sind die Berechnungen über die französischen Wiederaufbaukosten, bei denen durch alle möglichen Kunstkniffe, Einsetzung eines Aufwertungsfaktors und unklare Zins- und Zinseszinsberechnung mit einem Mal 250 Milliarden Franken — das wären etwa 40 Milliarden Goldmark — errechnet werden. Dem entgegen stehen die Berechnungen im französischen Haushalt, der die Wiederaufbaukosten auf 80 Milliarden Franken beziffert. Frankreich wird die Welt nicht glauben machen können, daß seine Schäden tatsächlich eine so ungeheure Summe betragen könnten. Objektive französische Schätzungen beziffern sie lediglich mit 8 bis 12 Milliarden Goldmark und nach den Berechnungen des englischen Nationalökonomen Keynes auf etwa 10 Milliarden Goldmark.

Millionen fordern die Abrüstung



In Berlin werden gegenwärtig Namenslisten gesammelt, die zur Abrüstungskonferenz nach Genf geschickt werden und die die Abrüstung aller Länder, nicht nur Deutschland allein, fordern. Die Sammlung der Listen wird im Shell-Haus durchgeführt, wo täglich Hunderte erscheinen, um auch ihren Friedenswillen kundzugeben

Um die Glücksspielkonzession der deutschen Bäder

Die Entscheidung über die Konzession von Glücksspielen in einzelnen deutschen Bädern ist, wie wir von der zuständigen Stelle hören, entgegen anders lautenden Meldungen noch nicht gefallen, sie ist aber schon in den allernächsten Tagen zu erwarten. Damit würde sich das Gerücht, das von einem endgültigen Scheitern der entsprechenden Pläne sprach, erledigen.

Noch am vergangenen Samstag schien, wie wir von anderer Seite erfahren, mit einer Erteilung der Konzession für Glücksspiele u. a. in Aachen, Baden-Baden, Zoppot und evtl. auch Wiesbaden zu rechnen zu sein. Dann aber sind, wie es heißt, aus parlamentarischen Kreisen Bedenken geäußert worden, und zwar nicht nur solche moralischer Natur, sondern auch wirtschaftlicher Art. Es hieß nämlich, daß der gesetzgeberische Apparat, der für eine entsprechende Verordnung aufgeboten werden müßte, so große Unkosten erfordern würde, die mit den finanziellen Vorteilen einer eventuellen Einführung der Glücksspiele nicht im Einklang stünden. Gerade aber in wirtschaftlicher Berücksichtigung würde nach Maßgabe der deutschen Bäderverwaltung eine negative Entscheidung in dieser Angelegenheit zu großen Besorgnissen Anlaß geben. Nach fachmännischen Schätzungen dürften die Beträge, die im Glücksspiel umgesetzt werden, in die Millionen gehen, und da geplant ist, gegebenenfalls etwa 30 bis 40% des Umsatzes einerseits dem Fremdenverkehr selbst zugute kommen zu lassen, andererseits aber gemeinnützige Einrichtungen zu fördern, so hofft man in diesen Kreisen doch noch, daß es zu einer positiven Entscheidung kommen werde.

Das um so mehr, als nach den Erfahrungen der letzten Saison die ausländischen Badeorte an der Grenze alle Anstrengungen gemacht haben, um die in deutschen Bädern weilenden Gäste abzuziehen. So haben die Verwaltungen von Spa und Herbesthal sich Luxusautomobile angeschafft, die die Gäste von Aachen abholten, die drüben für 5 Mark verpflegt wurden, und denen in den luxuriösen Spielkasinos Gelegenheit zum Hasard geboten wurde. In Niederbronn gegenüber Baden-Baden soll es nicht anders gewesen sein. In dieser Propaganda des Auslandes sehen die Bäderverwaltungen eine Gefahr, der nur durch die Glücksspielkonzession in heimischen Bädern erfolgreich begegnet werden könnte.

Der Großhandel und die Zollmaßnahmen

Der Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels teilt mit, daß er in einem Schreiben an den Reichskanzler die Reichsregierung auf die außerordentlich ernsten Nachrichten aufmerksam gemacht hat, die aus Skandinavien, den Randstaaten und Holland über die Rückwirkung der deutschen Zollmaßnahmen auf den Transithandel und auf das deutsche Exportgeschäft übereinstimmend gemeldet werden. Die neue deutsche Zollverordnung — so heißt es weiter — werde zwar zu der von der Landwirtschaft gewünschten und an sich zu begrüßenden Preiserhöhung für Butter führen, bedeute aber darüber hinaus eine Störung des gesamten Import- und Exportgeschäftes infolge der Unsicherheit, ob und welche weiteren Artikel von den Zollermächtigungen ergriffen werden. Wenngleich Deutschlands Großhandel stets dafür Verständnis gezeigt hat, daß auch Deutschland gegenüber den ständigen handelsvertraglichen Erschwernissen des Auslandes in der letzten Zeit sich zu Abwehrmaßnahmen entschließen mußte, so scheint es höchst zweifelhaft, ob gleich so weitgehende Ermächtigungen notwendig waren, die neue untragbare Risiken zu den schon durch die Störung der Devisenmärkte vorhandenen bedeuten. Immer drohender und ernster — so heißt es zum Schluß — wird die Gefahr einer handelspolitischen Isolierung Deutschlands bei einer weiteren Abwendung von der bisherigen Richtung der deutschen Handelspolitik.

Der Verwaltungskostenbeitrag bei den preußischen Hypothekenbanken

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat entsprechend der ersten Durchführungs- und Ergänzungsverordnung über die Zinssenkung auf dem Kapitalmarkt vom 23. Dezember 1931 den Verwaltungskostenbeitrag für die Hypothekenbanken auf ½ Prozent, bei Hypotheken- oder Grundschulden unter 15 000 RM. auf ¾ Prozent des Kapitalbetrages festgesetzt. Wenn bisher ein niedrigerer Satz angewendet wurde, so ist dieser auch in Zukunft beizubehalten; wenn ein Verwaltungskostenbeitrag bisher überhaupt nicht erhoben wurde, so ist auch in Zukunft von der Berechnung eines Beitrages abzusehen.

Bei der Feststellung des neuen Zinssatzes, wie er sich auf Grund der obigen Notverordnung ergibt, ist so vorzugehen, daß von dem bisherigen Zinssatz zunächst der genehmigte Verwaltungskostenbeitrag abgesetzt wird. Erst alsdann ist der verbleibende Rest des Zinssatzes wie vorgesehen zu senken. Zu dem dann erhaltenen Satz ist der Verwaltungskostenbeitrag hinzuzurechnen, wobei eine Abrundung nach oben bis zum nächsten vollen Viertelprozent zulässig ist. Diese Aufrundung darf nur einmal, und zwar am Schluß der Berechnung, welche der Feststellung des neuen Zinssatzes dient, angewendet werden.

Bei Tilgungshypotheken muß der im neuen Zinssatz enthaltene Verwaltungskostenbeitrag wie bisher zur verstärkten Tilgung mit herangezogen werden.

Eingeborenenkämpfe in Algier

Nach einer im „Journal“ veröffentlichten Meldung aus Algier ist es zwischen zwei gegnerischen Kabylenstämmen, den Beni Slima und Beni Abbes, zu einem Zusammenstoß gekommen, wobei 20 Eingeborene getötet und etwa 40 schwer verwundet wurden.

Der Felgendreher-Prozeß

Zu Beginn des dritten Verhandlungstages in Felgendreher-Prozeß wurde zunächst der Beschluß verkündet, daß den Beweisanträgen von R.-A. Obuch betr.

Ladung von etwa zwanzig weiteren Zeugen

entsprochen werden würde. R.-A. Obuch beantragte darauf die Ladung eines weiteren Zeugen nämlich des Nationalsozialisten Adolf Nieswand der Wolff den bei der Tat benutzten Trommelrevolver gegeben habe. Nieswand habe auch kurz vor der Tat Wolff und die übrigen Kommunisten noch bis in die Nähe des Tatortes begleitet. Auf Befragen erklärt der Angeklagte Wolff, daß er nichts dazu zu sagen habe; man möge Nieswand vernehmen. Sodann werden

die Nationalsozialisten als Zeugen

vernommen, die an dem betreffenden Abend in Marschkolonne, von einer Versammlung im Saalbau und im Vereinshaus kommend, die Brücke am Feldhaushof passierten und dort überfallen wurden. Sie sagen fast einstimmig aus, daß kurz hinter der Brücke zuerst eine Salve von 6—8 Schuß auf sie abgegeben worden sei, wobei einige Kugeln auf dem Pflaster kurz vor dem Trupp aufschlugen. Die zweite Salve, die kaum eine Sekunde später folgte, habe aus mindestens ebenso vielen, wenn nicht mehr Schüssen bestanden, wobei ihnen die Kugeln um die Ohren sausten. Die Leute sind dann rechts über das Feld nach Steele und Kray geflüchtet und erfuhren erst auf der Polizeiwache, daß einer schwer verletzt liegen geblieben ist. Felgendreher wurde dann von einem Kraftwagenführer, der mit einem Fahrgast von Essen nach Kray unterwegs war, auf der Straße liegend gefunden und auf den Bürgersteig gelegt. Als man dann sah, daß er am Kopfe schwer verwundet war, holte der Fahrgast das Ueberfallkommando durch telephonischen Anruf aus einer nahen Wirtschaft herbei. Zwei weitere Zeugen und eine Frau haben die fünf Kommunisten kurz vor der Tat an der Brücke gesehen, ohne sie aber zu erkennen.

Nach einer kurzen Pause gibt dann

Wolff überraschend die Erklärung ab, daß er tatsächlich einen Trommelrevolver, der mit einem Schuß geladen war, bei sich hatte.

Er habe diesen aber nicht von Nieswand erhalten, sondern von jemand anders, dessen Namen er nicht nennen wolle. Sodann hat sich

Kriminalkommissar Fehl noch einmal über die ersten Vernehmungen,

insbesondere die des Angeklagten Wolff, zu äußern. Es kommt dabei zu einer Kontroverse mit R.-A. Obuch, der behauptet, daß der Mordanklage keine anderen Indizien zugrunde lägen, als die erste Aussage von Wolff, dessen Glaubwürdigkeit in der Beweisaufnahme schon ins rechte Licht gesetzt worden sei. Der Verteidiger will dann wissen, ob in den Vernehmungen zum Ausdruck gekommen, daß die Tat am betreffenden Abend geboren oder von langer Hand von Heidt vorbereitet gewesen sei. Da der Zeuge sich hierauf nicht ohne weiteres besinnen kann, wird ihm Zeit zur Ueberlegung gegeben. Inzwischen wird

der Nationalsozialist Hermann Behnor

vernommen, der einige Zeit vor der Tat der Schwager des Heidt durch einen Schuß ins Bein schwer verletzt hat. Dieser hat nach der Tat eine Unterredung mit Heidt gehabt, wobei er den Eindruck gewann, daß man ihm versteckt gedroht hätte, ihm würde dasselbe passieren. Er habe sich dann dem Wunsche Heidts angeschlossen, sich mit diesem in seiner Wohnung einmal auszusprechen. Da Behnor früher der KPD. angehörte, habe Heidt ihm gesagt, er könne in die KPD. nur wieder aufgenommen werden, wenn er seine Tat durch Spitzeldienste bei der NSDAP wieder gut mache. Der Zeuge ist dann heimlich dem Heidt und dessen Genossen gefolgt und will beobachtet haben, daß

die Kommunisten sich zu dem Wochenendhaus des Hartwig begeben

hätten. Einige Tage nach der Tat hat Behnor dann bei der Polizei die Anzeige erstattet, daß sich in dem genannten Wochenendhaus ein kommunistischer Sturmtrupp zu treffen pflege. Ueber die darauf einsetzenden polizeilichen Ermittlungen berichtet dann der nächste Zeuge

Kriminalassistent Noles,

der damit beauftragt war. Der Beamte sah sich das Wochenendhäuschen an und fand dort an der Wand ein Schild hängen, das die Aufschrift „R. F. B." getragen habe. Es war dort u. a. verzeichnet, daß jeden Freitagabend von 8 bis 10 Uhr

eine Sturmabteilung

tagte. Da Behnor, der übrigens von einer politischen Schlägerei im Segeroth am 23. d. M. noch ein ganz verhauenes Gesicht hat, seinerzeit Wolff, Zingel, Heidt, Schuler und andere als Mitglied dieses Sturmtrupps bezeichnet hatte, und die Tat auch an einem Freitag geschehen ist, packte die Polizei zu und verhaftete diese Leute, die dann durch den Verrat des Wolff auch überführt wurden. Als

Kriminalkommissar Fehl

dann dem R.-A. Obuch zu seiner vorher gestellten Frage keine befriedigende Antwort gibt, stellt dieser nochmals die Behauptung auf, daß die ganze Anklage nur auf den Aussagen des Angeklagten Wolff basiere. In großer Erregung erklärt

der Staatsanwalt,

der zuerst geantwortet hatte, er würde sich

nicht wundern, wenn R.-A. Obuch erkläre, Felgendreher sei überhaupt nicht erschossen worden,

auf eine Bemerkung des Verteidigers, daß der Anklage nicht nur die polizeilichen Ermittlungen zugrunde lägen. Es seien weitgehende weitere Ermittlungen angestellt, ein monatelanges Untersuchungsverfahren geführt und die Anklage erst im Dezember erhoben worden.

Der Verteidiger wisse, daß sich nicht alles auf Wolff stütze, was den Angeklagten in der Anklageschrift vorgeworfen wird.

Obuch erwidert: „Ich weiß, daß es unendlich schwer ist, gegen Windmühlenflügel anzukämpfen. Ich unternehme es aber, die Angeklagten so zu verteidigen, wie ich es für erforderlich halte, weil hier ihr Leben auf dem Spiele steht. Nach weiterem Geplänkel zwischen Obuch, dem Staatsanwalt und dem Vorsitzenden wird dann

der Zeuge Nieswand

vernommen, der erklärt, daß er früher der NSDAP. angehört habe, jetzt aber parteilos sei. Er ist mit Wolff, Versteck und angeblich auch Günther ein Stück Weges mitgegangen, will aber Wolff den Revolver nicht gegeben und auch nichts davon gewußt haben, was die Angeklagten vorhatten. Schuler hält ihm aber vor, daß er selber gesagt habe: Ihr seid keine Kerls. Ihr müßt draufhauen und draufhalten, sonst werdet Ihr nichts!

Professor Brüning

wird alsdann, nachdem er erklärt hat, daß er bei seinem Urteil verbleibe, wonach

der Todesschuß nur aus dem Browning

und auf keinen Fall aus dem noch nicht gefundenen Browning des Wolff abgegeben worden sei, als Zeuge entlassen. R.-A. Obuch teilt mit, daß es sich bei dem Plakat in dem Wochenendhäuschen lediglich um einen Stundenplan der Freidenkerjugend gehandelt habe. Die Frage des Vorsitzenden, ob denn

die Freidenkerjugend auch Sturmtrupps

habe, beantwortet der Angeklagte Hartwig damit: „Ja, wir hatten so 'ne Art Sturmtrupp gebildet, weil wir allein sein wollten, ohne Mädches." Darauf wurde die Verhandlung auf Donnerstag morgen vertagt

Das englische U-Boot M. II nicht gefunden

Keine Spur!

Nach einer Meldung der Preß Association konnte am 27. Jan. bis 3,30 Uhr früh keine bestimmte Spur des gesunkenen Bootes M. II gefunden werden. Eine Anzahl Zerstörer haben die ganze Nacht hindurch unter Benutzung von Scheinwerfern auf der Höhe von Portland Head vergeblich abgesucht.

Nach einer späteren Meldung aus London wird amtlich mitgeteilt, daß „M. II" nicht gefunden worden ist.

Die Trauermeldung an die Frauen der Besatzung

Die Ehefrauen der Angehörigen der Besatzung des M. II haben folgendes amtliche Telegramm erhalten:

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Ihr Mann vermißt wird, und wir befürchten, daß er im Unterseeboot M. II, das wahrscheinlich vor Portland unterging, ums Leben gekommen ist.

Die Opfer

An Bord des verunglückten Bootes befanden sich

sechs Offiziere und etwa 40 Mann.

Unterseeboote von der Klasse des „M. II" können 48 Stunden unter Wasser bleiben. „M. II" ist mit den modernsten Rettungsvorrichten ausgestattet, darunter einem Rettungsapparat, der es der Besatzung ermöglicht, Mann für Mann an die Oberfläche zu kommen.

Anderen Nachrichten zufolge befinden sich an Bord des Unterseebootes **sechs Offiziere**, 48 **Seeleute** sowie **ein Fliegersergeant.** In das Unterseeboot ist ein wasserdichter Schuppen mit einem kleinen Wasserflugzeug eingebaut.

Die Plädoyers im Calmette-Prozeß

Rechtsanwalt Dr. Hoffmann, der Verteidiger Medizinalrats Dr. Altstaedt

im Lübecker Tuberkulose-Prozeß, wandte sich im Verlauf seines Plädoyers gegen den Sachverständigen Dr. Schmincke. Er sagte, dieser möge ein warmherziger Vertreter der Elternschaft gewesen sein, und fuhr fort: Ich gebe aber nicht zu, daß er unvoreingenommen war. Er kam mit dem Gedanken nach Lübeck, daß Prof. Deycke mit menschlichen Tuberkelbazillen gearbeitet habe. Dr. Altstaedt hat alle Maßnahmen getroffen, um eine glatte Durchführung zu gewährleisten, aber jede noch so gute Organisation mußte in dem Augenblick scheitern, wo ein derartiges Unglück eintrat wie in Lübeck. Die Aufklärung der Lübecker Bevölkerung ist genügend gewesen, denn ein Arzt braucht, wenn er selbst von der Unschädlichkeit eines Mittels überzeugt ist, seinen Patienten nicht zu sagen, woraus es besteht. Man hat nicht beachtet, daß Dr. Altstaedt nur das Recht hatte, einzugreifen, wenn ihm Mißstände im Krankenhause bekannt wurden, aber auch dann konnte er nicht sofort handeln, sondern mußte sich erst an den Behördenchef wenden, und darauf mußte dieser versuchen, eine Einigung bezüglich der Heilanstalten zu erreichen. Gelang ihm dieses nicht, so blieb dem Senat die letzte Entscheidung. Es ist eigenartig, daß man für alles Dr. Altstaedt verantwortlich machen will. Dr. Altstaedt hat sich auf Prof. Deycke verlassen können. Die Sachverständigen hätten vielfach ein Speziallaboratorium gefordert. Ich möchte doch, so sagte der Verteidiger, einmal betonen, daß Dr. Altstaedt bald nach dem Lübecker Unglück im Robert-Koch-Institut in Berlin war. Dort kam er in drei ineinander übergehende Laboratoriumsräume, deren Türen offen waren. In einem dieser Räume züchtete man BCG. Erst nach dem Lübecker Unglück hat man im Robert-Koch-Institut diesen Zustand geändert. Das Gericht muß, so schloß der Verteidiger, unabhängig von allen Stimmungen und unbeeinflußt durch sie, das Urteil sprechen nach Recht und Gesetz, es muß Dr. Altstaedt freisprechen.

R.-A. Dr. Ihde

hielt sein Plädoyer

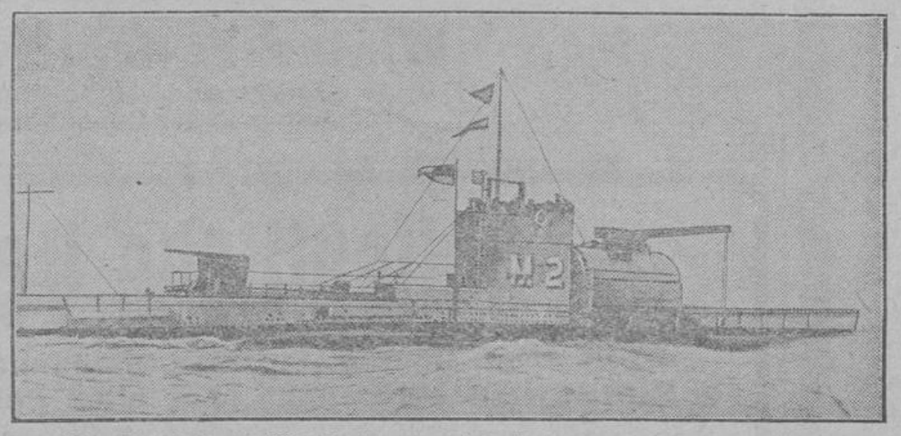
für Professor Dr. Deycke.

Dr. Ihde erklärte, Professor Deycke sei bei der Einführung des Calmette-Verfahrens fest überzeugt gewesen, daß BCG. unschädlich und in seinen Eigenschaften erbbeständig fixiert sei. Er hielt die Lehre vom virus fix als wissenschaftlich fundiert. Diese Anschauungen seien damals nicht nur der Standpunkt Calmettes, sondern auch der der gesamten Wissenschaft gewesen. Zwar mache Professor Deycke es sich zum Vorwurf, damals nicht die Forschungen Petroffs berücksichtigt zu haben. Allerdings habe die deutsche Wissenschaft Zweifel an der wissenschaftlichen Bedeutung Petroffs gehegt, eine Möglichkeit einer Verunreinigung der BCG.-Kultur im Laboratorium wurde von Dr. Ihde verneint. In scharfer Form wandte er sich dann gegen Rechtsanwalt Dr. Frey, der den Verdacht ausgesprochen habe, Dr. Deycke habe absichtlich humane Bazillen dem BCG. beigemengt. Das sei eine Handlungsweise, die eines deutschen Anwalts unwürdig sei. Eine absichtliche Beimengung wäre ja Massenmord aus reiner Mordlust gewesen. Zur Frage einer Verwechslung stellte der Verteidiger fest, daß während der ganzen Fütterungsperiode nicht einen Augenblick lang ein humaner Bazillenstamm in demselben Brutschrank gestanden habe, in dem die BCG.-Kulturen aufbewahrt wurden. Das müsse noch einmal klar betont werden; denn selbst Prof. Kolle habe seinem Gutachten falsche Pressenachrichten zugrunde gelegt. Eine Verwechslung müsse also als ausgeschlossen gelten. Auch der Verdacht der Sachverständigen Prof. Bruno Lange und Ludwig Lange, die Verwendung von Hämathin-Nährboden hätte zu dem Unglück geführt, habe sich als unbegründet herausgestellt.

Der Kampf der indischen Nationalisten

Aus Bombay, 27. Januar, meldet das Wolffbüro: 25 Handelsverbände, darunter die Handelskammer von Marwari, die Gold- und Silberbörse, die Verbände der Samen-, Korn-, Silber- und Goldhändler und die Baumwollmakler haben beschlossen, von morgen an einen einwöchigen Hartal zu feiern als Protest gegen die Fortsetzung der Arbeiten der Konferenz am Runden Tisch ohne Gandhi und im Gegensatz zu den Wünschen des Landes.

Englisches U-Boot mit 54 Mann gesunken



Das englische Unterseeboot „M. 2", das zu einer Übungsfahrt von Portland ausgelaufen war, ist nicht in seinen Heimathafen zurückgekehrt. Man fürchtet, daß das Schiff mit seiner Besatzung von 54 Mann gesunken ist. Hebeschiffe und Taucher weilen an der Stelle, wo man das gesunkene Schiff in 31 Meter Tiefe vermutet. Das Boot hatte eine Wasserverdrängung von 1980 Tonnen und besaß einen Startplatz für ein Wasserflugzeug. Ein Schwesterschiff des vermißten U-Bootes, „M. 2", ist im Jahre 1925 im Kanal gesunken, wobei die gesamte Besatzung von 68 Mann den Tod fand

Ein Deutscher erforscht das unbekannte Arabien

Dem jungen Berliner Musikhistoriker Hans Helfritz ist es gelungen, in ein Land einzudringen, das noch weit verschlossener ist als das innere Tibet.

Helfritz, der schon früher an wissenschaftlichen Expeditionen teilgenommen und besonders Grammophonaufnahmen der Musik der Primitiven gemacht hatte, war diesmal einer Einladung des Sultans von Makalla gefolgt. Makalla ist die bedeutendste Hafenstadt des südarabischen Landes Hadramaut, das mit dem Jemen zu den wenigen arabischen Staaten gehört, die sich ihre völlige Selbständigkeit bewahren konnten. Selbst in den Hafenstädten Makalla und Schecher, über die England zwar formell das Protektorat innehat, fand Helfritz nicht einen einzigen Europäer, und sogar der Minister des Sultans hat in seinem ganzen Leben nur zwei Weiße gesehen.

Auf seinen Reisen in Hadramaut fand Helfritz mehrere Städte, die bisher auf keiner Landkarte verzeichnet sind. Er traf mit Stämmen von Räuberbeduinen zusammen und reiste wochenlang unter Menschen, die noch nie in ihrem Leben einen Weißen sahen. Jedes Dorf in Hadramaut ist wegen der ständigen Stammeskriege wie eine Festung angelegt. In den größeren Städten gibt es bis zu 10 Stockwerk hohe Häuser, die sämtlich unter den Fenstern Schießscharten haben. Helfritz ist mehrmals in Stammeskriege verwickelt worden.

Eine große Rolle spielen in Hadramaut die Sayds, direkte Nachkommen des Propheten, die eine größere Macht haben als die Sultane. Helfritz wird übrigens versuchen, Spuren der alten Königsstadt Saba und ihrer sagenhaften Königin zu finden.

Kleine politische Nachrichten

Empfänge beim Reichspräsidenten

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Reichsminister Dr. h. c. Groener und später den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag über die schwebenden außenpolitischen Fragen. Dann empfing er den ehemaligen österreichischen Bundeskanzler Streeruwitz sowie den Präsidenten Tilgner und den früheren Gesandten in Berlin, Riedl, die sich zurzeit als Vertreter des österreichischen Kammertages zu Besprechungen mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag in Berlin aufhalten. An dem Empfang nahm der österreichische Geschäftsträger, Legationsrat Dr. Meindl, teil.

Die Bildung eines Ausschusses für Auslandschulden

Der Deutsche Reichsanzeiger veröffentlicht den Wortlaut der bereits am Samstag angekündigten Verordnung über die Bildung eines Ausschusses für Auslandschulden. Der Ausschuß besteht aus höchstens sechs Mitgliedern. Je ein Mitglied wird von der Reichsregierung und von der Reichsbank ernannt, drei weitere Mitglieder ernennt die Reichsregierung im Benehmen mit der Reichsbank aus den an den Auslandschulden beteiligten deutschen Wirtschaftskreisen. Wird von dem Ausschuß ein Geschäftsführer gewählt, der nicht dem Ausschuß angehört, so tritt er dem Ausschuß als Mitglied hinzu.

Vorläufige Anwendung eines deutsch-chilenischen Handelsabkommens

Das durch Notenwechsel vom 22. 12. 1931 abgeschlossene Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Chile über die Verlängerung des bestehenden Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 1. 2. 1862 und über die Salpetereinfuhr von Chile nach Deutschland wird nach einer Verordnung der Reichsregierung vorläufig angewendet. Die Verordnung hat rückwirkende Kraft vom 1. 1. 1932.

Neue Verzögerung des preußischen Haushaltsplanes

Da der preußische Haushaltsplan für 1932 innerhalb des Staatsministeriums noch nicht verabschiedet werden konnte, ist der für den 4. Februar angesetzte Sitzungsabschnitt des verstärkten Hauptausschusses sowie die für Donnerstag, 11. Februar, in Aussicht genommene Plenartagung des Preußischen Staatsrates abgesetzt worden. Die nächste Staatsratssitzung wird im Februar erst anberaumt werden, sobald sich übersehen läßt, zu welchem Zeitpunkt sich die Einbringung des Haushaltsplanes beim Staatsrat wird ermöglichen lassen.

Der allgemeine französische Arbeiterverband fordert Abrüstung

Der allgemeine französische Arbeiterverband (C. G. T.) fordert in einem Aufruf die allgemeine Abrüstung. Er weist darauf hin, daß ein kommender Krieg nur ein Luft- und chemischer Krieg sein könne, gegen den Rüstungen und Festungen nichts vermöchten, und vertritt den Standpunkt, daß die Sicherheit nur auf dem Schiedsgerichtverfahren und der Abrüstung, d. h. auf dem gegenseitigen Vertrauen der Völker beruhen könnte.

Künstliche Vernebelungsversuche bei Toulon

Wie Havas aus Toulon berichtet, wurden auf dem Flugplatz Cuers-Pierrefeu verschiedene Versuche mit künstlichem Nebel zur Verteidigung des Flugplatzes gegen Luftangriffe angestellt. Die Ergebnisse sollen so ausgefallen sein wie bei gleichen Versuchen in den anderen Städten Nord- und Ostfrankreichs. Die Versuche sollen noch in weiteren Städten vorgenommen werden.

Aus Bielefeld wird gemeldet: In der Stadtverordnetensitzung wurde als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden bisherigen Oberbürgermeisters Dr. Stapenhorst mit 25 gegen 22 Stimmen der bisherige Beigeordnete Dr. Pries gewählt. Für die Wahl stimmte die geschlossene bürgerliche Front, während die Sozialdemokraten mit ihrem eigenen Kandidaten mit 22 Stimmen in der Minderheit blieben. Die Kommunisten enthielten sich der Stimme.

Der Mitgliederbestand der NSDAP.

Der „Völkische Beobachter" erklärt, daß der Monat Dezember 120 000 Neuaufnahmen in die NSDAP. gebracht habe. In wenigen Wochen werde die Partei eine Million eingeschriebener Mitglieder erreichen.

Radikale Sparmaßnahmen in Bayern

Im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages wurde mit 14 gegen 13 Stimmen ein deutschnationaler Antrag angenommen, nach dem an Stelle der bisherigen sieben Kreisregierungen im rechtsrheinischen Bayern nur zwei Kreisregierungen belassen werden sollen, je eine nördlich und südlich der Donau.

Abschaffung der Prohibition vom Finnischen Reichstag angenommen

Aus Helsingfors, 27. Jan., wird gemeldet: Der Reichstag nahm gestern in zweiter Lesung die Regierungsvorlage über das Alkoholgesetz an.

Selbsthilfebeschlüsse der Allgäuer Bauernschaft

Der Allgäuer Bauernverband hat in einer Hauptversammlung Richtlinien zur Selbsthilfe der Allgäuer Bauernschaft gutgeheißen, die empfehlen, anfallendes Bargeld in erster Linie zur Erhaltung und Sicherung des landwirtschaftlichen Betriebes und erst dann zur Abtragung öffentlicher Lasten zu verwenden. Sollte das Bargeld dafür nicht ausreichen, so wird geraten, den öffentlichen Körperschaften Naturalien zu entsprechenden Preisen zur Verfügung zu stellen. Von der Regierung wird eine Steuerbefreiung der Landwirtschaft ab 1. Februar verlangt, um einen zu befürchtenden Nahrungsmittelmangel zu vermeiden.

Der ostasiatische Streit

USA., England und die Schanghai-Frage

Zur Lage in Schanghai berichtet der Times-Korrespondent in Washington, offenbar bemühe sich die amerikanische Regierung, zu einer Verständigung mit der britischen Regierung wegen einer gemeinsamen diplomatischen Aktion im Fernen Osten zu gelangen. Ein solches Einvernehmen habe bisher nicht bestanden, die amerikanische Regierung glaube aber, daß im Gegensatz zum Fall der Mandschurei Großbritannien in der Schanghai-Frage mit den Vereinigten Staaten ein so großes Interesse habe, daß es Amerika dort seine Mitarbeit nicht verweigern könne. Die gemeinsame diplomatische Aktion beider Länder würde darin bestehen, China an einem unbesonnenen Schritt zu verhindern, der von Japan mit der Erklärung der Blockade beantwortet werden könnte.

Japanisches Ultimatum an den Bürgermeister von Schanghai

Aus Schanghai wird gemeldet: Der japanische Konsul hat dem chinesischen Bürgermeister ein Ultimatum überreicht, das eine Beantwortung der japanischen Forderungen vom 18. Januar bis spätestens Donnerstag verlangt. Hier glaubt man, daß die Japaner nur durch die bedingungslose Annahme ihrer Forderungen zufriedenzustellen sein werden.

Die Behörden der Schanghaier Chinesenstadt haben beschlossen, das japanische Ultimatum anzunehmen. Sofort nach seinem Empfang haben sie dem Sicherheitsamt befohlen, die antijapanischen Gesellschaften der Stadt aufzulösen.

Der geheimnisvolle Rat

Aus Genf, 27. Jan., wird gemeldet: Der chinesisch-japanische Konflikt ist seit gestern Gegenstand nahezu ununterbrochener geheimer Besprechungen. Es scheint beabsichtigt zu sein, daß in einer der nächsten öffentlichen Sitzungen des Völkerbundsrates eine Erklärung abgegeben wird, in der nochmals zum Ausdruck gebracht wird, daß Japan an der Politik der offenen Tür festhält, daß es gemäß dem Washingtoner Neunmächte-Vertrag in keiner Weise die territoriale Souveränität Chinas verletzt und insbesondere keine Eroberungsabsichten hat. Mit der Formulierung einer solchen Erklärung beschäftigt sich zurzeit ein Redaktionsausschuß.

Neue Kämpfe in Charbin

Die japanische Nachrichtenagentur Rengo meldet am 27. Januar aus Charbin: Nachdem die Versuche, eine friedliche Regelung herbeizuführen, fehlgeschlagen sind, sind in Charbin die Feindseligkeiten zwischen der chinesischen Schutzwache der chinesischen Ostbahn unter General Tingtschao und den unter Führung des Gouverneurs der Provinz Kirin, Generals Hsihsi, stehenden Truppen heute wieder ausgebrochen.

Spätere Nachrichten aus Charbin besagen nach einer Meldung aus Tokio, daß die Truppen des Gouverneurs der Provinz Kirin den Rückzug begonnen haben und von den Streitkräften des Generals Tingschao verfolgt werden.

Doch noch kein Einmarsch der Japaner?

Nach einer Meldung aus Tokio ist dort nichts bekannt von dem angeblichen Einzug japanischer Kavallerie in Charbin, über den im Auslande Gerüchte verbreitet waren. Die Nachricht wird auch als sehr unwahrscheinlich betrachtet.

Die Regierungskrise in Nanking

Die verschiedenen Versuche zur Umbildung der Regierung haben, wie aus Nanking berichtet wird, bisher nur zu einer äußerst unübersichtlichen Lage geführt. Der zum Außenminister ernannte General Tschenmingschu lehnt die Uebernahme dieses Portefeuilles ab. Er hat den stellvertretenden Außenminister zur Führung der Geschäfte aufgefordert.

Japan „am Ende seiner Geduld!"

Aus Tokio, 27. Januar, wird gemeldet: Wie hier erklärt wird, wird die japanische Marine sich gezwungen sehen, falls China die japanischen Vorstellungen weiter nicht beachte, Maßnahmen zum Schutze des Lebens und des Eigentums der Japaner zu ergreifen. Japan, so erklärt man im Marineministerium, werde der Entsendung von Kriegsschiffen nach Schanghai, sei am Ende seiner Geduld.

Statt Karten

Für die uns aus Anlaß unserer Silber-Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir unseren herzlichsten Dank

Oskar Heinrichs und Frau

Burscheid, im Januar 1932

Runderlaß

des Finanzministers vom 30. 12. 1931

Betr. Verlängerung des Grundvermögensteuergesetzes (K V. 2 gen. 450 31).

1. Durch die Zweite Sparverordnung vom 23 Dezember 1931 — Fünfter Teil Art. 1 — (G. S. S. 299) ist das Grundvermögensteuergesetz nebst den dazu ergangenen Abänderungen auf das Rechnungsjahr 1932 verlängert worden. Demgemäß wird die veranlagte staatliche Grundvermögensteuer einschließlich des staatlichen Zuschlags für das Rechnungsjahr 1932 forterhoben.

Veröffentlicht.

Opladen, den 23. Januar 1932.

Der Landrat: Trimborn.



Verein für Deutsche Schäferhunde
Ortsgruppe Burscheid

Freitag, 29. Januar, abends 8 Uhr, im Vereinslokale von Friedrich Conrads

Jahres-Hauptversammlung

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Der Vorstand.

Suchen Sie schnell ein Darlehn, Hypothek od. Baugeld, so wenden Sie sich nach **Burscheid-Büchel 260.** Darlehen nur vom Selbstgeber Ia Referenzen.

Wegen Auflösung des Haushaltes der Frau Gogarn ist abzugeben:

Wohnzimmereinrichtung einzeln oder zusammen, bestehend aus Eckschrank, Sofa mit Oberteil, Rollbüro (Schreibtisch), Ausziehtisch, 5 Stühle, Konsolschränkchen mit Spiegel, Serviertisch, ferner **Kirschbaumbett** mit Nachtschränkchen sowie Kleiderschrank und Wäscheschrank. Näheres zu erfragen bei W. Sixt, Burscheid, Hauptstraße 92.

Haus

mit 6 bis 8 Räumen und großem Garten, Gas, Wasser, Elektrizität zwischen Hilgen u. Berg.-Neukirchen zu mieten oder zu kaufen gesucht.

Angebote unter R. 65 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Qualitäts-Waren

zu billigsten Preisen

Tafelmargarine	Pfund 35	Speisehaferflocken	Pfund 28
Salatöl	Liter 48	Pflaumen	Pfund 29
Weiße Bohnen	Pfund 15	Mischobst	Pfund 55
Linsen	Pfund 17	Bandnudeln	Pfund 45
Viktoria-Erbsen	Pfund 20	Aprikosen	Pfund 60
Obstkraut	Pfund 40	Kokosfett	Pfund 35
Neue holl. Vollher'nge	Stück 4	Vollreis	Pfund 20
Weizenvorzugsmehl	2-Pfund-Beutel 50	Buchweizenmehl	Pfund 22

Konkurrenz-Kaffee stets frisch geröstet **¼ Pfund 50**

Weine - Liköre - Spirituosen
Große Auswahl - Billigste Preise

5 Prozent Rabatt in Sparmarken des Rabattspar-Vereins Burscheid 5 Reichsmark für ein volles Sparbuch

Peter Hamacher

Hauptstraße Gegenüber der Sparkasse Fernruf 601

Weiterer Preisabbau der

Hamka-Lebensmittel!

Feinste Molkereibutter	Pfd.	125 Pfg.
Speck fetter, kernfest	Pfd.	59 Pfg.
Schmalz, gar. rein	Pfd.	45 Pfg.
Kokosfett	1 Pfd.-Tafel	30 Pfg.
Margarine, frisch	Pfd.	30 Pfg.
Hausmacher Sülze	Pfd.	45 Pfg.
Hausmacher Blut- u. Leberwurst	Pfd.	40 Pfg.
Westf. Plockwurst, prima	Pfd.	100 Pfg.
Zervelatwurst in Fettdarm	Pfd.	130 Pfg.
Westf. Koch-Mettwurst	Pfd.	50 Pfg.
Schweizerkäse, vollsaftig	Pfd.	105 Pfg.
Holländerkäse, vollfett	Pfd.	85 Pfg.
Limburger, 1 Pfd.-Stücke, ohne Rinde		50 Pfg.
Limburger in Staniol	Pfd.	45 Pfg.
Tilsiterkäse, vollfett	Pfd	85 Pfg.

Rabatt auf alle Waren durch Ausgabe von Hamka-Rabattmarken

Hamburger Kaufhaus

Opladen Franz Bremer Burscheid

Das allbekannte

Millowitsch-Theater

aus Köln

spielt am **Sonntag, den 31. Januar 1932, im Bergischen Hof (Hans Maron) in Burscheid**

Eintrittskarten sind daselbst zu haben

Winter-Fahrpläne

zum Preise von 30 Pfennig sind zu haben in der Geschäftsst. d. Zeitung

---

Oskar Heinrichs

Holzhandlung und Holzbearbeitung

Burscheid, Höhestraße

empfiehlt

Bretter
Dielen
Rahmen
Dachlatten
Fußboden
und Sperrholz

in allen vorkommenden Längen, Breiten und Stärken. Bauholz in allen Dimensionen zu den billigsten Tagespreisen.

Kipp & Grünhoff

Opladen, Telefon 45

Holz- u. Baustoffhandlung

Oeffentliche Versammlung

am Donnerstag, den 28. Januar 1932, abends 8.15 Uhr in BURSCHEID bei Urbahn (Zur alten Post)

Unser drittes Reich!!

Redner: Medizinalrat Dr. Boehm-Remscheid

Freie Aussprache! Deutsche Volkspartei (Ortsgr. Burscheid)

Inserieren bringt Gewinn!

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Nr. 23 2. Blatt — Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Donnerstag, den 28. Januar 1932

Die Rechtslage bei der Erhöhung der Umsatzsteuer

Die Industrie- und Handelskammer zu Solingen gibt die folgende Stellungnahme der Spitzenverbände — Deutscher Industrie- und Handelstag, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Reichsverband der Deutschen Industrie, Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels — zur Rechtslage bei der Erhöhung der Umsatzsteuer bekannt:

Aus einer großen Zahl von Anfragen, die bei den Spitzenorganisationen eingegangen sind, ist ersichtlich, daß über die sich aus der Erhöhung der Umsatzsteuer ergebenden Rechtslage teilweise Unklarheit besteht. Deshalb sollen die Hauptfragen zusammengestellt werden (die zitierten Paragraphen beziehen sich, soweit nichts anderes gesagt ist, auf den Siebenten Teil Kapitel I der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 — RGBl. I. S. 699).

1.) Inkrafttreten der höheren Steuersätze

Die Steuersätze von 2 bezw. $2^1/_2$ v. H. finden nur auf Umsätze Anwendung, bei denen die Leistung und die Vereinnahmung des Entgelts nach dem 31. Dezember 1931 liegen (§ 4 Abs. 2 Satz 1). Dies gilt für die Zeit bis zum 30. Juni 1932. Geht ein Entgelt erst nach dem 30. Juni 1932 ein, so ist die Umsatzsteuer auch dann nach den höheren Umsatzsteuersätzen zu berechnen, wenn die Lieferung oder sonstige Leistung vor dem 1. Januar 1932 ausgeführt ist (§ 4 Abs. 2 Satz 2).

2.) Zivilrechtlicher Anspruch auf einen Zuschlag zum Entgelt

§ 5 bestimmt: „Ist für eine Leistung aus einem Vertrag, der vor dem Tage der Verkündigung dieser Verordnung abgeschlossen worden ist, die Umsatzsteuer nach dem Satze von zwei und zweiundeinhalb vom Hundert zu entrichten, so ist der Empfänger der Leistung mangels abweichender Vereinbarung verpflichtet, dem Unternehmer einen Zuschlag zum Entgelt zu gewähren, der der durch diese Verordnung erfolgten Erhöhung der auf die Leistung entfallenden Umsatzsteuer entspricht. Der Preiszuschlag bildet keinen Grund zur Vertragsaufhebung".

Es handelt sich bei dieser Vorschrift um eine Ausnahme von dem grundsätzlichen Verbot der offenen Abwälzung gemäß § 11 des Umsatzsteuergesetzes.

Voraussetzungen für den Zuschlag sind nach der wörtlich mitgeteilten Vorschrift:

a) Vertragsschluß vor dem 9. Dezember 1931 (dem Datum der Verkündung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931);

b) die Leistung aus einem solchen Vertrag unterliegt dem höheren Steuersatz — wann das der Fall ist s. oben Ziff. 1 —;

c) eine abweichende Parteivereinbarung ist nicht getroffen.

Alle drei Voraussetzungen müssen zusammentreffen. Es ist also z. B. rechtsirrig, wenn ein Zuschlag gefordert wird, für Lieferwagen, die vor dem 1. Januar 1932 ausgeführt sind, für die das Entgelt aber beispielsweise erst im März 1932 vereinnahmt wird. In diesem Beispielsfalle ist die zu b) genannte Voraussetzung nicht erfüllt. Sind alle Voraussetzungen gegeben, so besteht der Anspruch zu Recht und kann nötigenfalls im Wege der Zivilklage durchgefochten werden. Im Interesse einer reibungslosen Geschäftsabwicklung bitten die Spitzenverbände, sich genau an die geschilderte Rechtslage zu halten und nicht durch Weigerung, den berechtigten Anspruch des Lieferanten auf einen die Umsatzsteuererhöhung ausgleichenden Preiszuschlag anzuerkennen, die gegenseitigen Geschäftsbeziehungen zu schweren.

3.) Preissenkung und Umsatzsteuererhöhung

Es besteht kein Zweifel, daß entsprechend dem Willen des Gesetzgebers die Umsatzsteuer nicht vom Steuerpflichtigen getragen, sondern auf den Abnehmer abgewälzt werden soll. Dies geht u. a. auch unzweifelhaft daraus hervor, daß bei Verträgen, die am 8. Dezember 1931 liefen, der Lieferant das Recht hat, die erhöhte Umsatzsteuer seinem Abnehmer gesondert in Rechnung zu stellen (s. oben Ziff. 2). Es haben sich Meinungsverschiedenheiten darüber ergeben, ob bei der Senkung gebundener Preise, die auf Grund des Ersten Teils Kapitel I § 1 der Notverordnung vom 8. 12. 1931 im Ausmaß von 10 Prozent gegenüber dem Stand vom 30. 6. 1931 vorgeschrieben wird, die grundsätzlich gewollte Abwälzung der Umsatzsteuer in der Weise berücksichtigt wird, daß die vorgeschriebene Preissenkung um die Erhöhung der Umsatzsteuer gemindert wird, d. h. also, ob die Erhöhung der Umsatzsteuer vom Abnehmer zu tragen ist. Ueber diese Fragen haben wiederholte Besprechungen mit dem Reichswirtschaftsministerium stattgefunden, in denen der vorstehend angeführte Standpunkt eingehend begründet wurde. Das Reichswirtschaftsministerium hat entgegen der wiederholt vorgetragenen Auffassung der Spitzenverbände und entgegen dem eingangs dargelegten Grundsatz die Entscheidung dahin getroffen, daß die vorgeschriebene Senkung für gebundene Preise voll zum Ausdruck kommen muß, d. h. daß der Lieferer preisgebundener Waren außer der vorgeschriebenen Senkung auch noch die Erhöhung der Umsatzsteuer zu tragen hat. Bei dieser Stellungnahme wies das Reichswirtschaftsministerium darauf hin, daß sich die Erhöhung der Umsatzsteuer erst allmählich in der Preisbildung auswirke und daß die Notverordnung, soweit sie die Preissenkung betreffe, nicht in laufende Verträge eingreife. — Bei nicht gebundenen Preisen besteht diese Schwierigkeit nicht, da die Vorschriften über die zehnprozentige Preissenkung sich auf nicht gebundene Preise nicht beziehen.

Nur deutsche Arbeitskräfte

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes macht es dringend erforderlich, jede Arbeitsstelle, soweit irgend möglich, für die Besetzung mit deutschen Arbeitskräften freizumachen. Ob es sich dabei um landwirtschaftliche oder nichtlandwirtschaftliche Arbeitskräfte handelt, ist gleich. Da nach den gemachten Erfahrungen die Bestimmungen über die Beschäftigung von Ausländern nicht immer sorgfältig beachtet werden, sehen sich die beteiligten Stellen zu schärferen Maßnahmen gezwungen:

gegen Arbeitgeber, die genehmigungspflichtige ausländische Arbeiter (also solche ohne Befreiungsschein) ohne Genehmigung beschäftigen — soweit nicht die Beschäftigung in der See- und Binnenschiffahrt erfolgt — wird mit Strafanzeige vorgegangen;

Arbeitgebern, die mehr Ausländer beschäftigen als ihnen zustehen, wird in den nächsten Jahren die Genehmigung zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitern versagt;

Arbeitgebern, die unbefugt ausländische Arbeiter beschäftigen, wird unter Umständen auch noch innerhalb des Genehmigungsjahres die etwa erteilte Genehmigung zur Ausländerbeschäftigung entzogen.

Zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten wird nochmals peinlichste Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen empfohlen.

Aus der Heimat

Versammlung der Deutschen Volkspartei

In der am heutigen Abend, um 8,15 Uhr, bei Urbahn stattfindenden öffentlichen Versammlung der Ortsgruppe Burscheid der Deutschen Volkspartei wird der Vizepräsident des preußischen Landtages, Medizinalrat Dr. Boehm-Remscheid, über das Thema „Unser drittes Reich" sprechen.

Jahreshauptversammlung des Vereins für deutsche Schäferhunde

Wie aus dem Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe ersichtlich ist, findet am morgigen Freitag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, die Jahreshauptversammlung des Vereins für deutsche Schäferhunde, Ortsgruppe Burscheid, im Vereinslokale des Herrn Friedrich Conrads statt. Da eine wichtige Tagesordnung vorliegt, erwartet der Vorstand eine recht rege Beteiligung.

Jahreshauptversammlung des Naturheilvereins

Am kommenden Samstag, den 30. Januar, abends 8,30 Uhr, findet im Vereinslokal die Jahreshauptversammlung des hiesigen Naturheilvereins statt. Die Tagesordnung umfaßt nachstehende Punkte: Jahres- und Kassenbericht, Neuwahl der Vereinsleitung, Lichtluftbadfragen und Verschiedenes.

Die Mitglieder der Lichtluftbadkommission sowie die Vereinsleitung versammeln sich bereits um 8 Uhr.

Siehe auch Anzeige in gestriger Ausgabe.

Wohltätigkeitskonzert in Hilgen

Bekanntlich findet am kommenden Sonntag das Wohltätigkeitskonzert zum Besten der Not- und Winterhilfe statt. Der Anfang des Konzerts, das im Saale der Geschw. Heyder stattfindet, mußte auf 7 Uhr verschoben werden.

In morgiger Ausgabe bringen wir einen Streifzug durch das Programm, das dort geboten wird.

Millowitsch-Gastspiel im Bergischen Hof

Das bestbekannte Original Millowitsch-Theater aus Köln gibt am kommenden Sonntag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, ein einmaliges Gastspiel im Bergischen Hof, Burscheid, Luisenstraße 19.

Der Name Millowitsch verbürgt schon seit Jahr und Tag für nur erstklassige Stücke und

Kein Sängerbundesfest 1932?

Aus Leipzig wird dem „Westdeutschen Landesdienst" berichtet: Nach Mitteilungen, die am Sonntag auf einem Gausängertag in Leipzig gemacht wurden, ist die Abhaltung des Sängerbundesfestes 1932 in Frankfurt a. M. aus Gründen der allgemeinen Not in Frage gestellt. Die endgültige Entscheidung wird auf dem Sängerbundestag in Mainz im April gefällt werden. Allerdings wären im Falle einer Absage etwa 30 000 Mark, die von der Stadt Frankfurt a. M. für die Vorbereitungen des Sängerbundesfestes inzwischen aufgewandt worden sind, zurückzuzahlen. Der Gau Leipzig hat eine Entschließung gefaßt dahin, daß das Sängerbundesfest 1932 nicht abgehalten werde, daß aber der Gau Leipzig sich auch nicht an der Aufbringung der Entschädigungssumme beteilige.

Zu dem Beschluß des Gaues Sachsen, sich an dem Sängerbundesfest in Frankfurt nicht zu beteiligen, wird aus Frankfurter Sängerkreisen mitgeteilt, daß Leipzig schon von Anfang an die Abhaltung des Sängerbundesfestes 1932 in Frankfurt bekämpft habe, nicht zuletzt vielleicht deswegen, weil der dortige Sängerbund den Wunsch hatte, dieses Fest in Leipzig abzuhalten, ein Plan, der durch den Beschluß, in Rücksicht auf das Goethejahr nach Frankfurt zu gehen, hinfällig geworden ist. Im übrigen hofft man immer noch, daß trotz derartiger Absplitterungen, die natürlich bei keiner solchen Veranstaltung ausbleiben, die Durchführung des Festes doch möglich wird. Bestärkt wird man in dieser Erwartung durch die zahlreichen Anmeldungen, die aus dem Reich und dem Ausland an die Festleitung gelangen. Die deutschen Reisebüros haben sich der Angelegenheit eifrig angenommen und es werden von überall Sängerfahrten für das Fest vorbereitet, die einen guten Zuspruch versprechen. Wenn also der Sängerbundestag in Mainz im Vertrauen auf diese Tatsachen, das Fest beschließen wird, so dürfte der Zuspruch die Hoffnungen der Optimisten zweifellos erfüllen.

Kurzarbeit bei der Reichspost

Größere Entlassungen beim Telegraphenbaudienst im Bezirk Düsseldorf

In einer kürzlich durch die Presse gegangenen Meldung aus Köln wurde mitgeteilt, daß, um Entlassungen im Oberpostdirektionsbezirk Köln zu vermeiden, ab 1. Februar statt der 51-Stunden-Woche die 45-Stunden-Woche eingeführt werden soll.

Dazu teilt die Deutsche Postgewerkschaft mit:

Durch den Verkehrsrückgang, die starke Verkabelung der oberirdisch geführten Leitungen, sowie die mit großem Aufwand und im Eiltempo durchgeführte Umstellung des automatischen Fernsprechverkehrs sind Arbeitskräfte im Telegraphenbaudienst entbehrlich geworden. Es sollen aus diesem Grunde etwa 7000 bis 8000 Kräfte im Reichsgebiet zur Entlassung kommen. Teilweise haben diese Entlassungen schon eingesetzt und werden in Etappen durchgeführt. Aller Voraussicht nach werden alle Oberpostdirektionsbezirke von diesen Entlassungen betroffen. Die Zahl der in den einzelnen Oberpostdirektionsbezirken zur Entlassung Kommenden wird verschieden sein und muß sich nach dem Stand der eingangs erwähnten Arbeiten richten. Bereits 2500 Arbeitskräften ist das Dienstverhältnis gekündigt worden.

Bei der Oberpostdirektion Düsseldorf werden dazu noch bis zum 1. April 1932 etwa 300 Kräfte entlassen. Vor etwa drei Monaten glaubte man, durch Verkürzung der Arbeitszeit Entlassungen vermeiden zu können. Es wurde daher die Arbeitszeit von 51 Stunden zunächst auf 48 Stunden und dann auf 45 Stunden die Woche herabgesetzt. Von dieser Maßnahme wurden alle Oberpostdirektionsbezirke gleichmäßig betroffen. Auch im Oberpostdirektionsbezirk Köln wird seit dem 1. Oktober 1931 bereits verkürzt gearbeitet. Die starke Reduzierung der Löhne wird kaum eine nochmalige Kürzung der Arbeitszeit ermöglichen, da heute schon die Löhne bei der 45stündigen Arbeitszeit derart gering sind, daß nur ein bescheidener Haushalt damit geführt werden kann. Die Entlassungen durch eine nochmalige Verkürzung der Arbeitszeit aufzuhalten, wird also kaum möglich sein, es sei denn, daß zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

Welche Schule soll mein Kind besuchen

Aus dem Landratsamt wird uns geschrieben:

Die Tatsache, daß in unserem Kreise nur eine wirtschaftliche Fachschule besteht, deren Vorhandensein nicht genügend bekannt ist, rechtfertigt einen besonderen Hinweis auf diese Anstalt — auf die mit Unterstützung des Kreises und der Industrie- und Handelskammer von der Stadt Burscheid eingerichtete Wirtschaftsschule: Die Handelsschule mit dem Ziele der mittleren Reife.

Den Schülern und Schülerinnen dieser Schule soll eine wirtschaftlich durchdrungene Vorbildung, wie sie die Vielgestaltigkeit der Wirtschaft und insbesondere der Beruf des Kaufmanns und Gewerbetreibenden erfordern, vermittelt werden. Der Abschluß wird in der Regel erreicht in zwei Jahren von Schülern, die nach erfolgreichem Besuch der vier unteren Klassen einer höheren Lehranstalt oder Mittelschule oder der untersten Klasse einer Aufbauschule eintreten, ferner von den Schülern, die ihre Reife für den Eintritt durch eine besondere Prüfung oder den erfolgreichen Besuch der Vorklasse nachweisen. In die Vorklasse können gut begabte Volksschüler schon nach Abschluß des siebten Schuljahres aufgenommen werden. Auf Anforderung übersendet der Direktor einen Prospekt, der nähere Angaben über Unterrichtsfächer, Zeugnisse, Berechtigungen, Schulgeld usw. enthält.

Der Besuch der Schule, die an ihrem Teil dazu beiträgt, Fehlbildung zu vermeiden, ist zu empfehlen.

Aus der Gemeinde Odenthal

Verkehrsunfall

Ein von Odenthal mit großer Geschwindigkeit kommender Kraftwagen konnte in Altenberg die Kurve nicht bekommen und fuhr den Abhang hinunter, wo ein Baum das Auto vor dem Absturz in die Dhünn bewahrte. Eine Dame wurde leicht verletzt, während die übrigen Insassen mit dem Schrecken davonkamen. Ein von Mülheim kommender Lieferwagen brachte das verunglückte Auto wieder auf die Straße.

Umstrittene Jagdpachtverträge

Die Kündigungsmöglichkeiten der Notverordnung

Vom Allgemeinen Deutschen Jagdschutzverein wird mitgeteilt:

In Jägerkreisen ist man vielfach der Ansicht, daß Jagdpachtverträge an Hand der letzten Notverordnung gekündigt werden können. Zur Aufklärung diene folgendes: Das außerordentliche Kündigungsrecht von Verträgen, die vor dem 15. Juli 1931 geschlossen sind und über den 31. März hinauslaufen, ist nur für Mietverträge über Gebäude und Gebäudeteile und Pachtverträge über gewerbliche Räume gegeben, findet also weder auf Pachtverträge über Grundstücke noch auf Jagdpachtverträge Anwendung. Die Preise für Jagdpachten können aber ebenso wie die Landpachten auf Antrag bei dem zuständigen Pachteinigungsamt, das sich zusammensetzt aus einem Richter und je einem aus den Kreisen der Verpächter und der Pächter durch den Regierungspräsidenten ernannten Beisitzer, ermäßigt werden. Die Einigung erfolgt meist in Form eines Vergleichs. Kommt ein Vergleich nicht zustande, so fällt das Pachteinigungsamt einen Beschluß. Gegen diesen ist die Rechtsbeschwerde und bei Jahrespachtpreisen über 500 RM die Berufung zulässig. Ueber die Rechtsbeschwerde sowohl als über die Berufung entscheidet das Landgericht durch eine Zivilkammer. In der Berufungsinstanz treten für die mündliche Verhandlung wiederum je ein Vertreter der Pächter und der Verpächter zu der Zivilkammer des Landgerichts hinzu.

Darsteller. Wer kennt sie nicht, die herzerquickenden lebensbejahenden Kölner Originale: Hänneschen, Bärbel, Tünnes, Schäl und d'r Bestevah. Sie alle werden in dem von Millowitsch aufgeführten Stück wieder vor uns stehen, mit ihrem derben, drastischen, doch reinen Humor. Die Spielleitung liegt in den Händen des bestbekannten rheinischen Komikers Carl Millowitsch.

Zur Aufführung gelangt der große Millowitsch-Schlager „Im Nachtjacken-Viertel", heiteres Volksstück mit Gesang in fünf Bildern, ein Stück, mit aus dem Volke hervorgenommenen Handlung, das uns einige Stunden die Not der Zeit vergessen macht und drei Stunden tüchtig lachen läßt.

Karten im Vorverkauf sind im Bergischen Hof erhältlich.

Siehe auch Anzeige in vorliegender Ausgabe.

„Die Zauberflöte" als Fremdenvorstellung

Die im Februar fällige Fremdenvorstellung, die am Sonntag, den 21. Februar, für die Ortsgruppenreihe B, wozu u. a. Burscheid und Witzhelden gehören, stattfindet, bringt „Die Zauberflöte", Oper in zwei Aufzügen von Emanuel Schikaneder, Musik von Wolfgang Amadeus Mozart. Der Kartenverkauf beginnt am 4. Februar in den bekannten Ortsgruppen-Geschäftsstellen.

Das Ruhegehalt im Konkurse

Wieder ist ein Urteil über die Stellung des Ruhegehaltes im Konkurse ergangen. Gegen das Urteil ist die Revision zugelassen, es ist also noch nicht rechtskräftig. Das Gericht sieht die Ansprüche eines Ruhegehaltsempfängers, soweit es im letzten Jahre vor der Konkurseröffnung vereinbarungsgemäß gezahlt werden sollte, als vorberechtigt aus Paragr. 61 Ziffer 1 der Konkursordnungen. Dagegen kann die Zahlung für die Zeit nach der Eröffnung des Konkursverfahrens nicht als Masseschuld verlangt werden, da die Ruhegehaltsforderung zwar ihren Ursprung in einem gegenseitigen Vertrage hat, aber nur eine einseitige Verpflichtung des Arbeitgebers übrig geblieben ist.

Versuchsfahrten schneller D-Züge für den Sommerfahrplan

Die Reichsbahn beabsichtigt, möglichst schon im neuen Sommerfahrplan, die Geschwindigkeit der D-Züge erheblich zu steigern. Zu diesem Zweck sind neue D-Zug-Wagen, die diesen Geschwindigkeiten gewachsen sind, erforderlich, ebenso wie der Schienenweg den erhöhten Anforderungen entsprechen muß. Um die Möglichkeit einer solchen Geschwindigkeitssteigerung zu erproben, werden gegenwärtig im Reichsbahndirektionsbezirk Erfurt Versuchsfahrten auf der den oben erwähnten Anforderungen entsprechenden Strecke Weißenfels — Erfurt — Eisenach — Bebra unternommen. Die Versuchszüge haben Geschwindigkeiten bis 130 Kilometer in der Stunde erreicht. Inwieweit es möglich sein wird, solche Geschwindigkeiten in absehbarer Zeit in der Praxis durchzuführen, hängt mit dem neuen Beschaffungsprogramm der Reichsbahn und der rechtzeitigen Fertigstellung neuer D-Zug-Wagen in der nötigen Anzahl ab.

Der deutsche Viehbestand

Die Viehzählung vom 1. Dezember 1931 hat nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts folgende Gesamtviehbestände im Deutschen Reich (gegenüber der Zählung vom 1. Dezember 1930) ergeben (alles in Mill. Stück): Pferde 3,45 (3,52), Rindvieh 19,09 (18,47), davon Milchkühe 9,63 (9,45), Schweine 23,78 (23,44), davon Ferkel 5,13 (5,47), Schafe 3,49 (3,50), Ziegen 2,51 (2,58), Gänse 5,68 (6,25), Enten 3,54 (3,88), Hühner 84,06 (88,10), Bienenvölker 1,87 (2) Mill. Stück.

Merkwürdiges im Posttarif

In einer Zeitschrift lesen wir folgende Klage eines Fabrikanten über Merkwürdigkeiten im Posttarif:

„Die ermäßigten Sätze für Postkarten, Briefe und Pakete sind gewiß erfreulich. Warum aber sind nicht für Warenproben und für Mischsendungen Unterstufen eingeführt worden? Eine Vereinfachung würde von der Geschäftswelt sehr begrüßt werden. Für Warenproben, auch wenn sie nur wenige Gramm wiegen, muß 15 Rpf. Porto gezahlt werden. Beifügung von Stoffproben in einer Drucksache ist nicht gestattet. Bei Warenproben müßten aber einige Unterstufen eingeführt werden, ähnlich wie bei Drucksachen; vielleicht bis 50 Gramm 5 Rpf., von 50 bis 100 Gramm 10 Rpf., von 100 bis 250 Gramm 15 Rpf. Angenommen, eine Firma will einige Stoffproben versenden. Offen kostet das 15 Rpf. Porto. Steckt sie diese aber in einen geschlossenen Brief, bezahlt sie dafür nur 12 Rpf. Fügt man die Proben einer Preisliste bei, muß 15 Rpf., weil Mischsendung, gezahlt werden; die Drucksache allein, wenn nicht mehr als 20 Gramm wiegt, kostet 4 Rpf. Wozu aber die drei Gruppen: Drucksachen, Warenproben und Mischsendung? Weshalb faßt man diese nicht unter dem Sammelnamen Mischsendung zusammen unter dem Staffeltarif der Drucksachen?"

Preisschilder und Preisverzeichnisse

Im Anschluß an die vor einigen Tagen an dieser Stelle gebrachte Notiz über die Anbringung von Preisschildern und Preisverzeichnissen weist die Solinger Industrie- und Handelskammer darauf hin, daß der Reichskommissar für Preisüberwachung in einem Rundschreiben an die Länderregierungen einige Zweifelsfragen zu seiner Verordnung über Preisschilder und Preisverzeichnisse vom 8. Januar 1932 geklärt hat. Danach ist bei jeder unter diese Verordnung fallenden Ware, die sichtbar ausgestellt ist, ein Preisschild mit der Angabe des genauen Preises je Pfund und der handelsüblichen Qualitätsbezeichnung anzubringen. Soweit die Waren nicht sichtbar feilgehalten werden, sind für sie bekanntlich Preisverzeichnisse mit Angaben über Preis je Pfund und über die handelsübliche Qualitätsbezeichnung anzubringen. Hierzu gehören auch Waren, die aus Regalkästen verkauft werden.

In das Preisverzeichnis brauchen ferner nicht sämtliche Sorten der betreffenden Waren aufgenommen zu werden, sondern nur die wichtigsten Sorten. Was als wichtigste Sorte anzusehen ist, soll sich nach den örtlichen Verhältnissen richten und im Einvernehmen mit den örtlichen Einzelhandelsorganisationen festgestellt werden.

In Zweifelsfällen wende man sich an die Solinger Industrie- und Handelskammer.

Aus Westdeutschland

Orchester und Stadtverwaltung

Wuppertal, 28. Jan. Ueber die schwebenden Verhandlungen mit dem Orchester teilt die Stadtverwaltung mit, daß ein Vertragsentwurf mit den Vertretern des Orchesters eingehend beraten und dann den Mitgliedern des Orchesters zur Unterzeichnung vorgelegt worden ist. Eine Frist zur Rückgabe des Vertrages ist nicht gesetzt worden. Wenn das Orchester den Vertragsentwurf in seiner Gesamtheit unterzeichnet hat, was bisher nicht geschehen ist, wird die Stadtverwaltung gegenzeichnen. Aber auch dann bedarf der Vertrag zu seiner Inkraftsetzung der Zustimmung der städtischen Körperschaften.

Wiedereröffnung der Barmer Credit Bank

Wuppertal, 28. Jan. Unter der Firma „Neue Barmer Credit Bank e. Gen. mbH", wird die in den Zusammenbruch der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz hineingezogene alte Barmer Credit Bank voraussichtlich am 12. Februar 1932 ihren Geschäftsbetrieb wieder aufnehmen. Die neue Genossenschaftsbank ist von der voll befriedigten Kundschaft der alten Bank gegründet worden. Der Aufsichtsrat ist bereits gebildet. Seine Zusammensetzung nimmt Rücksicht darauf, daß die neue Bank in der Hauptsache sich auf die Wuppertaler Wirtschaft stützt.

Neuer Kölner Straßenbahntarif am 1. Februar

Köln, 28. Jan. Wie das städtische Presseamt mitteilt, tritt bei den städtischen Straßen- und Vorortbahnen sowie bei der Kölner Straßenomnibusgesellschaft am 1. Februar 1932 ein neuer Tarif in Kraft. Ueber die Höhe der bevorstehenden Tarifsenkung werden sich die Kölner Stadtverordneten am heutigen Donnerstag in einer Sitzung zu unterhalten haben.

Die Kliniken bleiben in Bonn

Bonn, 28. Jan. Vor einiger Zeit wurde das Gerücht verbreitet, daß die Bonner Medizinische Fakultät eine wesentliche Verkleinerung ihres Arbeitsbereiches erfahren werde, da beabsichtigt sei, einen Teil der Kliniken von Bonn nach Köln zu verlegen. Zu diesen Nachrichten versichern die amtlichen Stellen, daß alle medizinischen Abteilungen, die Vorkliniken wie die Kliniken, in Bonn vereinigt bleiben sollen. Selbstverständlich müßten Einsparungen vorgenommen werden. Diese würden jedoch nicht schematisch vorgenommen, sondern in Anpassung an die besonderen Verhältnisse der einzelnen Institute durchgeführt werden!

Angetrunkener Chauffeur rast gegen Verkehrsinsel

Duisburg, 28. Jan. Mittwoch nachmittag sauste ein Personenauto in der Mülheimer Straße in voller Fahrt auf die in Höhe der Neudorfer Straße befindliche Verkehrsinsel und prallte gegen die dort stehende Lichtsäule. Vier auf der Verkehrsinsel stehende Personen wurden von dem Wagen angefahren und so schwer verletzt, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Der Autoführer, der angetrunken gewesen sein soll, erlitt leichte Verletzungen.

Der Bahndamm ist kein Kinderspielplatz

Dinslaken, 28. Jan. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Mittwoch nachmittag auf dem Bahnkörper der Zechenbahn Lohberg-Wehoven. Der zwölfjährige Sohn der Eheleute Rheinberg, der mit anderen Kindern auf dem Bahndamm gespielt hatte, wollte sich an einen vorüberfahrenden Kohlenzug hängen. Er rutschte ab und geriet unter den Zug, wobei ihm der linke Fuß glatt abgefahren wurde. Schwerverletzt wurde der Junge ins Krankenhaus gebracht.

5000 Mark spurlos verschwunden!

Wuppertal, 28. Jan. Der Verwalter einer städtischen Bezirkskasse in Barmen hat der Verwaltung angezeigt, daß bei den Abschlußarbeiten etwa 5000 Mark städtischer Gelder in seiner Kasse fehlen. Die Verwaltung hat die Angelegenheit polizeilich untersuchen lassen, jedoch hat sich bisher noch kein Anhaltspunkt ergeben, wohin die Gelder gekommen sind. Der Beamte behauptet, den Verlust erst neuerdings bei den Abschlußarbeiten gemerkt zu haben, bestreitet selbst aber jede Schuld.

2000 Mark verjubelt.

Köln, 27. Jan. Ein 37jähriger Metzger hat als Filialleiter eines größeren Lebensmittelgeschäftes 2000 Mark unterschlagen. Die Polizei fahndete nach dem flüchtig gewordenen Betrüger und konnte ihn auch bald fassen. Das Geld hatte er jedoch bereits verjubelt.

Tarifsenkungen in Koblenz.

Koblenz, 27. Jan. Die Verwaltung des Koblenzer Elektrizitätswerkes hat sich entschlossen, den Lichtstrompreis von 45 auf 43 Pfg. zu senken. Gleichzeitig tritt eine dementsprechende Senkung der Grundgebühren ein. Der Strompreis für Kochzwecke wird auf 10 Pfg. je Kilowatt für die ersten 50 Kilowattstunden, für jede weitere Kilowattstunde auf 9 Pfg. festgesetzt. Ebenfalls erfährt der Nachtstrompreis eine Senkung. Auch der Gewerbesondertarif und der Kraftstrom werden verbilligt.

Ungetreuer Genossenschaftsgeschäftsführer vor Gericht.

Koblenz, 27. Jan. Vor dem Koblenzer Gericht hatte sich ein Händler aus Güls zu verantworten, der als Geschäftsführer die landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft um über 15 000 Mark geschädigt hatte. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und einer Woche.

Unterschlagungen bei der evangelischen Kirchenkasse Limburg.

Limburg, 27. Jan. Nachdem erst vor einiger Zeit größere Unterschlagungen bei dem städtischen Elektrizitätswerk aufgedeckt wurden, wird jetzt bekannt, daß auch bei der evangelischen Kirchenkasse große Veruntreuungen vorgekommen sind. Der bisherige Rechner, der gleichzeitig Syndikus des Arbeitgeberverbandes für die untere Lahn war, hat bei der genannten Kasse rund 24 000 Mark unterschlagen.

Ueberfall auf eine Frau.

Mayen, 27. Jan. Auf dem Heimweg von Mayen nach Monreal wurde eine Frau von einem jungen Mann angefallen und mißhandelt. Die Frau rief um Hilfe, worauf ein in der Nähe weilender Mann herbeieilte. Ehe der Täter von der Frau abließ, versetzte er ihr noch mehrere Schläge und Fußtritte. Dann entkam er unerkannt in den Wäldern.

Trier senkt die Gebühren.

Trier, 27. Jan. Der städtische Finanzausschuß hat beschlossen, folgende Gebührensenkungen eintreten zu lassen: Beschau- und Benutzungsgebühr des Schlachthofes um 10 Prozent, Wiegegebühr des Schlachthofes um 20 Prozent, Benutzung von Marktplätzen um 40 Prozent Friedhofsgebühren bis zu 35 Prozent, Müllabfuhrgebühren um 11 Prozent und Straßenreinigungsgebühren um 30 Prozent.

Vom Zuge zerstückelt.

Dortmund, 27. Jan. Zwischen den Stationen Castrop und Dortmund-Böninghausen fand man die furchtbar zugerichtete Leiche eines unbekannten Mannes. Dem Toten war das linke Bein und der linke Arm vom Rumpfe getrennt. Auch der Kopf der Leiche war vollständig zertrümmert.

Politischer Zusammenstoß in Dortmund.

Dortmund, 27. Jan. Nachts kam es an der Ecke Kiel- und Nordstraße zu einem Zusammenstoß zwischen politischen Gegnern, wobei auch von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde. Nach den Feststellungen sind Verletzte nicht zu beklagen. Fünf Personen wurden zwangsgestellt.

Unterschlagungen bei lippischen Kassen.

Detmold, 28. Jan. Die lippischen Sicherheitsbehörden erhielten Mitteilung über Unterschlagungen bei der Amtssparkasse Hohenhausen und der Landeskrankenkasse Alverdissen, worauf der Kassierer Sudmann verhaftet wurde. Dieser Beamte hat sich inzwischen in der Zelle des Gefängnisses Hohenhausen erhängt. Zwei weitere Krankenkassenerheber, Arning aus Alverdissen und Düwel-Lippe, wurden verhaftet und gaben zu, mit dem aus dem Leben geschiedenen Sudmann etwa 15 000 Mark unterschlagen zu haben.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Wie Du mir, so ich Dir

Leverkusen, 28. Jan. In der Sonntagnacht wurde einem Teilnehmer an einem Maskenballe in Manfort ein zweireihiger brauner Ulster gestohlen. Als Dieb ermittelte die Kriminalpolizei einen am Hemmelratherweg wohnhaften Arbeiter, der zu seiner Entschuldigung angab, daß er den Diebstahl deshalb ausgeführt hätte, weil ihm auch schon einmal ein Mantel gestohlen worden war.

Wieder ein Autounfall

Langenfeld, 28. Jan. Ein Autounfall ereignete sich an der Opladener Straße. Ein auswärtiges Personenauto fuhr in voller Wucht gegen das Wohnhaus des Landwirtes K. Das Gebäude wurde stark beschädigt. Personen waren nicht verletzt. Das Auto mußte die Weiterfahrt einstellen.

Nach zweieinhalb Jahren den Täter ermittelt

Burg a. d. W., 28. Jan. Von der Polizei wird mitgeteilt: Der Täter, der am 6. Mai 1929 den fiskalischen Wald am Burgtal vorsätzlich in Brand gesetzt hat, ist nunmehr ermittelt worden. Es handelt sich um einen 15jährigen jungen Burschen von hier, der z. Zt. der Tat zwölfeinhalb Jahre alt war. Bei dem Brand wurden damals größere Bestände 18 bis 20jähriger verschulter Fichten vernichtet. Der Brand, der einen großen Umfang nahm, griff damals auch auf Remscheider Gebiet über.

Die Kennzeichnung der Pferdefuhrwerke

Bekanntlich besteht die gesetzliche Bestimmung daß die Pferdefuhrwerke mit einem Schild versehen sein müssen, auf dem die Adresse des Besitzers aufgezeichnet ist. In der letzten Zeit wurde von den Kraftfahrern häufig darüber Klage geführt, daß die Besitzer derartiger Fahrzeuge aber diese vorgeschriebenen Namenstafeln nicht an ihren Fahrzeugen anbringen lassen. Infolgedessen ist es für den Automobilisten, der wegen des verkehrswidrigen Verhaltens eines Fuhrwerksbesitzers dessen Namen ermitteln will, außerordentlich erschwert, diesen festzustellen. Im Interesse der Verkehrssicherheit hat der Deutsche Touringclub den Reichsverkehrsminister und den Reichsminister des Innern in einer Eingabe gebeten, darauf hinzuwirken, daß eine scharfe polizeiliche Kontrolle dieser Namensschilder stattfindet. Der DTC vertritt mit Recht den Standpunkt, daß die Fuhrwerksbesitzer in dieser Hinsicht nicht besser behandelt werden sollten als die Automobilisten, die große Strafen zu gewärtigen haben, wenn ihre Kennzeichen sich nicht in Ordnung befinden.

In seiner Eingabe hat der DTC gleichzeitig darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig ist, die Beobachtung der Verkehrsregeln, insbesondere die Einhaltung der richtigen Straßenseite durch die Fuhrwerkslenker, schärfstens zu überwachen.

Das Neueste

Aus dem Bahnpostwagen eines fahrenden Zuges wurden in der Nähe von Saarbrücken von zwei maskierten Männern 95 000 Frcs. gestohlen.

Die den Großdeutschen, den Sozialdemokraten und den Nationalsozialisten nahestehenden Wiener Zeitungen erklären, der Sinn des Rücktritts der Regierung sei nur das Verschwinden Schobers gewesen und eine Verbeugung vor der französischen Diplomatie.

Die Sowjetdelegation für die Abrüstungskonferenz in Genf ist heute in Berlin eingetroffen und fährt anschließend nach Genf weiter.

Der bekannte nordische Volkswirtschaftler Prof. Gustav Cassel erklärte, die Gläubiger Deutschlands hätten ihr Recht auf Tribute verwirkt, da sie ihrem Schuldner durch Errichtung von Zollgrenzen die Zahlungen unmöglich machten und ihm darüber hinaus noch unermeßlichen Schaden zufügten.

Der ehemalige Präsident der Radikalsozialisten Daladier erklärte, daß Frankreich im Vergleich mit dem Jahre 1913 seinen Heeresbestand nicht um einen einzigen Soldaten herabgesetzt habe. Der Verringerung der Kopfstärke in Frankreich stehe die Vermehrung der Kolonialarmee gegenüber, die ebenfalls zur Verwendung in Europa bestimmt sei.

„Petit Parisien" zufolge, wird die Bank von Frankreich den der Reichsbank gewährten 25 Millionen Dollarkredit für einen Monat erneuern.

Die Suche nach dem vermißten englischen U-Boot M 2 ist auch in der vergangenen Nacht erfolglos geblieben.

Die in London eingetroffene amerikanische Note bezweckt ein gemeinsames englisch-amerikanisches Vorgehen gegen Japan in Gestalt eines Handelsboykotts. England scheint jedoch abgeneigt zu sein, hierauf einzugehen.

Wie verlautet, erwägen die Washingtoner maßgebenden Stellen einen gemeinsamen amerikanisch-englischen Wirtschaftsboykott gegen Japan als ersten Schritt, um Japan bei seinem Vorgehen in China Halt zu bieten.

Ein japanischer Kreuzer und zwölf Zerstörer sind in Schanghai eingetroffen und haben 500 Seesoldaten gelandet.

Einbrechergesellschaft sucht eine ganze Straße heim.

Neheim, 28. Jan. Nachts wurden fast sämtliche Wohnungen der Fürstenbergstraße von einer Einbrecherbande heimgesucht. Alles, was nicht niet- und nagelfest war, ließen die Diebe mitgehen, ganz gleich, ob es sich um Fahrräder, Hühner, Enten usw. handelte. Die reiche Beute wurde in bereitstehenden Lastwagen fortgeschafft. Es ist unerklärlich, daß die Diebe bei ihrer großzügigen Aktion weder gestört noch irgendwie bemerkt worden sind.

Auf Konto Reparationen

Moselkanal Metz—Diedenhofen vor der Vollendung.

Trier, 27. Jan.

Der vor der Vollendung stehende neue Moselkanal zwischen Metz und Diedenhofen, der voraussichtlich im Mai 1932 in Betrieb genommen wird, ist die

größte von Deutschland geleistete Reparationssachlieferung

für Frankreich, die mit allen Hafenanschlüssen insgesamt 36 Millionen Mark an Baukosten verschlungen hat. Auf ein Kilometer Hauptkanal entfallen demnach 1,2 Millionen Mark. Diese verhältnismäßig hohe Bausumme ist durch den Anschluß einer ganzen Anzahl von Hüttenwerken und sonstiger Industriebetriebe mit einer ungewöhnlich hohen Zahl von Stichkanälen in den Hauptkanal entstanden. Von der Gesamtbausumme von 36 Millionen sind über Reparationskonto ungefähr 30 Millionen wieder nach Deutschland zurückgeflossen, da der größte Teil der dort beschäftigten Firmen und Arbeiter aus dem Saargebiet und der Pfalz stammen. Die Oberbauleitung des größten Teiles des Kanals lag in den Händen von Regierungsbaumeister a. D. Kautzsch-Trier.

Das Wetter von heute und morgen

Trockenes, vorübergehend aufheiterndes Wetter bei etwas höheren Temperaturen, zeitweise auffrischende westliche Winde.

Deutschnationale Kundgebung in Köln.

Köln, 27. Jan.

Im Großen Saal der Lese sprach Reichstagsabgeordneter Stubbendorff über das Thema „Was will Hugenberg?" Der Redner sprach den Wunsch aus, daß der Kanzler fest bei seinem Nein bleiben werde. Es zeige sich, daß Briand gefährlicher gewesen sei, als sein Nachfolger. Laval stelle unverhüllt seine exorbitanten Forderungen auf, während Briand ständig die Vertrauensseligkeit der deutschen Linken benutzte, um auf Schleichwegen seine Ziele zu erreichen. Eingehend beschäftigte sich dann der Redner mit dem Problem der Wirtschaftskrise und umriß noch kurz und mit scharfer Kritik die politische Entwicklung der Nachkriegszeit vom Versailler Vertrag bis zum Hoovermoratorium.

Kindermörder vor Gericht

Fünf Jahre Gefängnis.

Köln, 27. Jan.

Vor dem Schwurgericht in Köln standen unter der Anklage des Mordes der 31jährige Heinrich Wester und die 30jährige Anna Wester aus Viersbrücken bei Overath. Den beiden Angeklagten, die trotz des gleichlautenden Namens miteinander nicht verwandt sind, wurde vorgeworfen

ihren acht Tage alten unehelichen Sohn

nach einem gemeinsamen Plan getötet zu haben, und zwar vorsätzlich und mit Ueberlegung. Der Angeklagte Wester sagt, er sei von der Frau zu dem Verbrechen angestiftet worden, da Anna Wester die Schande nicht tragen wollte. Er habe sich dann damit einverstanden erklärt. Schon unterwegs, als sie noch im Auto saßen, habe die Mitangeklagte ihn aufgefordert, das Kind zu erwürgen. Er habe es aber nicht fertig gebracht. Dann hätten sie unterwegs gehalten, und er habe, einige Schritte hinter der Frau hergehend,

die Tat ausgeführt.

Demgegenüber leugnete die Angeklagte Wester hartnäckig, die Urheberin des Mordes zu sein. Sie stellte auch jede Mitwisserschaft in Abrede.

Die beiden Angeklagten wurden wegen gemeinschaftlichen Totschlags unter Zubilligung mildernder Umstände in Anbetracht der Schwere der Tat zu der höchst zulässigen Gefängnisstrafe von je 5 Jahren und je 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Rheinische Landwirtschaftskammer

Bonn, 27. Jan.

Die Rheinische Landwirtschaftskammer trat zu ihrer Hauptversammlung zusammen. Zum Vorsitzenden wurde Freiherr von Lüninck wiedergewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Gutsbesitzer Pauli, Mitglied des Staatsrates, aus Lövenich bei Köln gewählt. Die übrigen 11 Vorstandsmitglieder wurden nach dem Vorschlag des bisherigen Vorstandes durch Zurufe gewählt. Die Versammlung nahm den Rechnungsabschluß für 1929 ab und den Abschluß für 1930 zur Kenntnis. Sie genehmigte nach einer längeren Aussprache den Haushaltsplan für 1931. Dieser sieht eine um 10 Prozent gekürzte

Umlage von 45 Pfg. je 1000 Mark Einheitswert

vor und schließt ab in Einnahmen und Ausgaben mit 3 457 630 Mark, d. s. 577 000 Mark weniger als der Haushaltsplan im Vorjahre.

Auf Antrag des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Luyken wurde einstimmig beschlossen, daß Kammerbeamte, die aus landwirtschaftlichen Betrieben Nebeneinnahmen haben, in ihren Bezügen so gekürzt werden sollen, daß ihr Gesamteinkommen 12 000 Mark im Jahre nicht übersteigt.

Freiherr von Lüninck hielt darauf seinen Bericht über die Lage der Landwirtschaft. Trotz aller technischen und betriebswirtschaftlichen Erfolge sei in den bäuerlichen Betrieben keine gesicherte Wirtschaftlichkeit zu erzielen. Daran sei schuld die

verfehlte Staats- und Wirtschaftspolitik,

die, um den Außenhandel zu steigern, für Milliarden auch solche Waren vom Ausland einführen lasse, die in Deutschland erzeugt oder hergestellt werden könnten. Wenn bei einer Drosselung der Einfuhr auch die Ausfuhr zum Teil wegfallen würde: es schade das nichts. Der Warenaustausch im Binnenmarkt schaffe genau doppelt soviel Arbeitsgelegenheit, Kaufkraft und verfügbare Lebensgüter wie der Austausch auf dem Weltmarkt. Dem Bericht folgte eine längere Aussprache, in deren Verlauf

drei Entschließungen einstimmig angenommen wurden.

In der ersten wird gewünscht, daß der Landwirtschaftsminister die Bestrebungen zur Schaffung eines Milchwirtschaftlichen Zentralverbandes unterstütze und dafür sorge, daß bei allen Anordnungen über die Ausführung des Milchgesetzes die Landwirtschaftskammer maßgebend mitwirke. In einer zweiten wird gefordert, daß Reichs- und Staatsmittel, mit denen die Landwirtschaft gefördert werden soll, nur unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammer den betreffenden Zwecken zugeführt werden. In der dritten Entschließung wird gewünscht, daß die Steuersätze der kleinen Abfindungsbrennereien herabgesetzt werden.

Was die „Grüne Woche" bringt

Im Dienste der Ernährungsfreiheit Deutschlands.

Die Pforten der großen Ausstellungshallen am Kaiserdamm zu Berlin werden vom 30. Januar bis 7. Februar 1932 für die größte Winterveranstaltung der deutschen Landwirtschaft, die 7. Grüne Woche 1932, die den Auftakt für das neue deutsche Landwirtschaftsjahr bildet, geöffnet sein. Neun Tage lang wird diese unvergleichliche Leistungs- und Lehrschau der deutschen Landwirtschaft und der mit ihr verbundenen Zweige des Handels und der Industrie einen umfassenden Ueberblick über die Arbeitsmethoden und Produktionsresultate des deutschen Nährstandes und wichtigster anderer Wirtschaftsgebiete gewähren. Wiederum wird der Besucher, ob Landwirt oder Städter, erfüllt von der in diesem Jahre noch gesteigerten Reichhaltigkeit des Gebotenen, feststellen können: „Jede Grüne Woche Berlin ist ein Markstein!" — ein Markstein auf dem schweren steilen Wege, den die deutsche Landwirtschaft im Dienste der Ernährungsfreiheit des deutschen Volkes unermüdlich und unverzagt weiterschreitet. Dabei wird das erfolgreiche Streben nach gesteigerter Qualität und Standardisierung der landwirtschaftlichen Produkte in bezug auf inneren Gehalt und äußere Gestalt besonders betont.

Dem wohlerprobten Brauche getreu, alljährlich einen hervorragenden Produktionszweig der deutschen Landwirtschaft zum Mittelpunkt der Gesamtausstellung zu machen, wirbt die „7. Grüne Woche Berlin 1932" in diesem Jahre durch eine große Sonderschau „Deutscher Wald — Deutsches Holz" in eindrucksvoller, allgemeinverständlicher Darstellung für eine vernunftgemäß vermehrte Verwendung von Holz, insbesondere deutschem Holz. Sie weist dabei auf die Bedeutung der Forstwirtschaft hin und gibt ein Bild von dem ersten Schaffen des neuzeitlichen Forstmannes. Einen besonderen Anziehungspunkt für alle Besucher aus Stadt und Land dürfte das Kernstück dieser Sonderschau bieten, ein schmuckes Forsthaus, völlig aus Holz errichtet, mit Möbeln aus deutschem Holz ausgestattet, nicht nur ein typisches deutsches Forsthaus darstellend, sondern gleich gut geeignet als städtisches Einfamilienhaus.

Die Landwirtschaft selbst wendet sich mit ihren zahlreichen Sondergruppen diesmal bewußt an den städtischen Besucher, um ihm die Güte des deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisses sinnfällig vor Augen zu führen und die Gleichwertigkeit mit ausländischen Produkten in jeder Beziehung darzutun. Hier beansprucht die gegen das Vorjahr wiederum verstärkt beschickte Milch-, Butter- und Käseschau, zugleich der einzige Winterwettbewerb dieser Art in Deutschland, besonderes Interesse, das sich vor allem auf die vom Deutschen Landwirtschaftsrat und von der Deutschen Landwerbung durchgeführte Zusammenstellung der deutschen Markenerzeugnisse sowie auf die sehenswerte, vom Institut für landwirtschaftliche Marktforschung veranstaltete landwirtschaftliche Verpackungsschau konzentrieren dürfte.

An dieser Stelle seien noch als Beispiel der Vielseitigkeit des Gebotenen nur noch die umfassende Darstellung des deutschen Gartenbaues und die Sonderausstellung „Der Aal in der deutschen Fischwirtschaft" im Rahmen der Gruppe Fischerei erwähnt. Besondere Bedeutung kommt dem Industrieteil zu, der vom Saatgut bis zur Dreschmaschine der Technik in der Landwirtschaft den ihr gebührenden hervorragenden Platz einräumt.

Eine Sehenswürdigkeit für sich wird ferner die erstmals in einer Halle geschlossen gezeigte, mit etwa 400 Pferden beschickte deutsche Pferdeausstellung darstellen.

Selbstverständlich werden auch in diesem Jahre die beliebten und erfolgreichen Sonderveranstaltungen im Rahmen der Grünen Woche nicht fehlen: Hier steht an erster Stelle die Deutsche Jagdausstellung 1932, die vom 30. Januar bis 2. Februar dauernde Geflügel- und Kaninchenausstellung, die am 6. und 7. Februar stattfindende Rassehundeschau sowie das allen Freunden des edlen Reitsports unentbehrlich gewordene Internationale Reit- und Fahrturnier. Dies alles und noch unendlich viel mehr zeigt die 7. Grüne Woche Berlin 1932.

Nahezu alle Zweige der deutschen Wirtschaft werden hier miteinander wetteifern, um dem Besucher aus Stadt und Land Anregung, Aufklärung und Belehrung in unvergleichlicher Eindringlichkeit und planvoller Zusammenfassung zu bieten.

Frische Luft

Für die Erhaltung unserer Gesundheit ist der Aufenthalt in frischer Luft von größter Bedeutung. Und doch wird, besonders im Winter, von diesem „Heilmittel der Natur" keineswegs immer genügend Gebrauch gemacht.

So sind z. B. viele Menschen durch ihren Beruf für den größeren Teil des Tages ans Zimmer — Bureau, Fabrikraum oder dergleichen — gefesselt. Schon nach wenigen Stunden machten sich bei manchen ein körperliches Unbehagen, Kopfschmerzen, Ohnmachtsanwandlungen und dergleichen bemerkbar. Ein Fenster zu öffnen, wagt man nicht, aus Angst vor Zugluft, aus Angst vor zu starker Abkühlung des Arbeitsraumes. Diese Sorge ist zwar nicht ganz unberechtigt. Aber darum sollte man doch nicht darauf verzichten, alle paar Stunden den Raum zu verlassen und für wenige Minuten, am besten unter Herstellung von Zugluft oder gleichzeitigem Oeffnen der Türen, frischer Luft Eintritt zu gestatten.

Noch schlimmer steht es vielfach in Wohnräumen, die heutzutage der Not gehorchend einer größeren Anzahl von Menschen als Aufenthaltsort dienen. Die Hausfrau ist froh, wenn sie ihrer Familie eine warme Stube bieten kann. „Man kann doch die Wärme nicht auf die Straße lassen!" Darum werden die Fenster geschlossen gehalten, ja vielfach noch besonders abgedichtet, um Zugluft und so auch jeden Luftwechsel zu vermeiden! Gewiß muß man mit dem Heizmaterial sparsam umgehen, aber die Hausfrau vergißt dabei, daß reine frische Luft sich viel rascher erwärmt. Deshalb soll morgens zuerst der Ofen angemacht und dann für fünf bis zehn Minuten das Fenster geöffnet und durch Oeffnen der Türen für Zugluft gesorgt werden. Natürlich darf sich während dieser Zeit niemand im Zimmer aufhalten. In gleicher Weise soll mindestens noch einmal am Nachmittag eine Lüftung der Zimmer vorgenommen werden.

Frische Luft kostet nichts, frische Luft ist überall zu haben und dient der Erhaltung unseres höchsten Gutes, der Gesundheit.

Kleine Zahlen

Im Jahre 1913 legten 64 Millionen Hühner in Deutschland jedes 70. Eier, das sind etwa 4,5 Milliarden. Wir verbrauchten damals 7,05 Milliarden Eier. 1930 legten 88 Millionen Hühner jedes 79 Eier, das sind fast 7 Milliarden, während wir 8,42 Milliarden verbrauchten.

In Deutschland gibt es allein 27 Fabriken, die Netzempfänger für den Rundfunk herstellen und zwar in 229 verschiedenen Typen.

Im Jahre 1930 wurden in Deutschland täglich rund 1 Million Mark für ausländische Butter und 6 250 000 Mark für ausländische Eier ausgegeben.

Vom Büchertisch

Steyr, die sterbende Stadt. Neben Budapest war Steyr der Waffenlieferant der österreichisch-ungarischen Armee. Der Friedensvertrag von St. Germain verbot Oesterreich die Waffenerzeugung. Die Werke stellten sich daher nach dem Kriege auf andere Fabrikationszweige, besonders auf den Automobilbau um. Diese anfangs blühende Industrie ist nun durch die Krise auf dem Weltmarkt und den Zusammenbruch der österreichischen Bodencreditanstalt zum Erliegen gekommen. Tausende von Arbeitern sind brotlos geworden. Aus dieser sterbenden Stadt bringt die neueste Nummer der Münchner Illustrierten Presse (Nr. 5) erschütternde Bilder. — Zu einer Stätte der Nächstenliebe führen uns die Aufnahmen aus der Heilanstalt Ursberg in Schwaben. — Wir nennen noch die Bildberichte „Das Loch im Westen", „Doktorpromotion in England" und „Ein König lernt Skilaufen".

Kirchliche Nachrichten

Evangelische Gemeinde Burscheid

Evangelisation

Freitag, nachmittags 5.45 Uhr, Versammlung im Gemeindehaus zu Hilgen

Freitag, abends 8 Uhr, Versammlung im Gemeindehaus zu Burscheid.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten

einschl. der Unterhaltungsbeilage

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10

Zwangs-Versteigerung

Am **Freitag, den 29. Januar**, nachm. 3 Uhr sollen im Versteigerungslokale Gasthaus zum Nagelsbaum

1 Sofa, 1 Teppich, 1 Schreibmaschine, 1 Klavier, 1 Standuhr usw.,

um 4 Uhr in **Burscheid** im Versteigerungslokal Gasthaus Ohmann

1 Küchenschrank, 1 Schreibtisch, Oefen, 1 Vertikow, 1 Standuhr, 1 Kleiderschrank usw.,

um 5 Uhr in **Sträßchen** an Ort und Stelle 1 Klavier, 1 Bufett, 1 Schrankgrammophon, 1 Schreibmaschine, 1 Vitrine usw. (Käufer im Gasthof Lennartz)

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Stücmer,
Obergerichtsvollzieher in Opladen.

Börsen Märkte Handel

Kölner Häute- und Fellemarkt
vom 27. Januar.

(Die Preise sind ausschließlich Großhandelspreise für erste Sortimente. Spezialsortimente sind nicht einbegriffen.)

Großviehhäute: Ochsen, Kühe, Rinder, Bullen bis 29 Pfund Klasse I —, Klasse II 0,23 bis 0,29, do. von 30—49 Pfund 0,25—0,39, 0,21 bis 0,31, Ochsen, Kühe, Rinder von 50—69 Pfd. 0,28—0,43, 0,21—0,30, do. 70 Pfund und mehr 0,30—0,43, 0,21—0,31 Bullen von 50—79 Pfund 0,20—0,26, 0,18—0,24, do. 80 Pfund und mehr 0,20—0,25, 0,15—0,20 Reichsmark für ein Pfund. Fresserfelle gesalzen, je nach Qualität, Herkunft und Schlachtung 0,22—0,30, Kalbfelle, do. 0,29—0,39 Reichsmark für 1 Pfund Frischgewicht. Roßhäute, gesalzen, bis 219 Zentimeter lang 3—5, do. lang aufwärts 220 Zentimeter 8,5—10 Reichsmark für 1 Stück. Stimmungsbericht: Die freundliche Stimmung hält an.

Kölner Ledermarkt

(Die Preise sind Großhandelspreise aus erster Hand und erster Sortimente. Spezialfabrikate sind nicht einbegriffen.)

Eichenlohg. Rhein. Sohlleder in Hälften 3,85—4,35, do. in Kernstücken 5,70—6,20, Zahnbacheleder in Hälften 2,45—2,90, do in Kernstücken 4.25—5.20. Wild-Bacheleder in Hälften 2,15—2,80, do. in Kernstücken 3,60—4,90, Wild-Bachehälse 2,00—2,40, Wild-Bacheseiten 1,20 bis 1,60, Spalte lohgar, lissiert in Kernstücken 1,50—2,20, Blankleder in Hälften, braun 3,00 bis 4,55, Riemenlederkernstücke, kurzgeschnittene 3,75—6,20 Reichsmark für 1 Kilogramm Bachetten, gewöhnliche Sorten 5,80—11 Reichsmark für 1 Quadratmeter effektives Maschinenmaß. Besondere Qualitätsleder in Zahm- und Wildbacheleder brachten bis 10 Prozent mehr. Stimmungsbericht: Bei den jetzigen billigen Preisen zeigen die Käufer mehr Vertrauen.

Amtliche Berliner Produktennotierungen
vom 27. Januar.

Weizen, märkischer (75—76 Kilogramm) 234 bis 236; fest. Roggen, märkischer 72—73 Kilogramm) 197—199; stetig. Gerste, ab märkischer Station, Braugerste 158—168, Futter-Industrie 153—158; ruhig. Hafer, märkischer 139—147; ruhig. Weizenmehl 28,25—32; ruhig. Rogenmehl 27,25—29,5; still. Weizenkleie 9,6—10; ruhig. Roggenkleie 9,6—10; ruhig. Erbsen, Viktoria 21—27,5, kleine Speiseerbsen 21—23,5, Futtererbsen 15—17, Peluschken 16—18, Ackerbohnen 14—16, Wicken 16—19, Lupinen, blaue 10—12, do. gelbe 14,5—16, Seradella, neue 23 bis 29, Leinkuchen 11,7—11,8, Erdnußkuchen 12,5—12,6, do. Mehl 12,2—12,3, Trockenschnitzel 6,6—6,7, extrah. Sojabohnen-Schrot 10,6—10,8, do. 11.9. Kartoffelflocken 12,5—12.6.

Berliner Produktenbericht
vom 27. Januar.

Die knappe Versorgung der Mühlen mit Rohware trat noch schärfer in Erscheinung; die Weizenpreise zogen dementsprechend weiter an, trotzdem das Angebot der ersten Hand auf Grund der steten Steigerung entschieden reichlicher geworden ist. Hingegen eröffnete Roggen schwach, da die Befürchtungen des Handels, daß notfalls Lagerware der Regierung abgegeben werden könnte, sich bestätigten. Die reichsbeauftragte Stelle trat als Abgeber auf und drückte die Lieferungskurse um eine bis zwei Mark. Im Zusammenhang hiermit ist für Roggenmehl die Kauflust vorsichtiger. Preise liegen noch unverändert. Weizenmehl wird lebhafter; die Müller erhöhten einseitig ihre Forderungen um 25 Pfennig. Vereinzelt werden sogar 50 Pfennig mehr verlangt. Geschäft ist erschwert. Nur gestrn nachmittag war Umsatz leichter. Prompter Hafer stetig bei kleinem Angebot; im Lieferungshandel haben sich die Vortagspreise nicht gehalten, da aus der Provinz einige Realisationen ausgeführt wurden. Gerste ruhig.

Die Verluste der Weinbaudomänen

Im Preußischen Landtag hat vor kurzem der Preußische Landwirtschaftsminister eine Zusammenstellung über die finanziellen Ergebnisse der selbstbewirtschafteten Domänen und Domänen-Weingüter des Staates im Wirtschaftsjahr 1930/31 vorgelegt. Daraus ist zu ersehen, daß die in Selbstbewirtschaftung befindlichen Staatsdomänen mit einem Verlust von 57 550 Reichsmark abschließen.

Ein weit größerer Verlust ist dem Staat bei der Bewirtschaftung seiner in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Trier und Koblenz gelegenen Domänen-Weingüter entstanden. Diese Weinbaudomänen arbeiten schon seit Jahren regelmäßig mit großen Verlusten, erreichten aber im vergangenen Wirtschaftsjahr

das ungeheuere Defizit von 1 188 477 Reichsmark.

Die Weinbestände konnten gegenüber dem letzten Abschluß nicht unbeträchtlich verringert werden. Während sie am Anfang des Wirtschaftsjahres einen schätzungsweisen Wert von 1 492 966 Reichsmark hatten, sind die Weinbestände am Schluß des Wirtschaftsjahres mit einem Schätzungswert von 884 834 Reichsmark aufgeführt.

Die außerordentlich hohen Verluste der domänenfiskalischen Weingüter im Westen im verflossenen Wirtschaftsjahr sind ein beredter Ausdruck für die große Wirtschaftsnot der rheinischen Weinbaugebiete. Wenn schon die mit erheblichen öffentlichen Geldmitteln wirtschaftenden Weinbaudomänen ständig mit Verlust abschließen, so wird man verstehen können, daß die privaten nicht mit Kapital und technischen Hilfsmitteln gesegneten Weinbaubetriebe keine Gewinne abwerfen können.

Im Gutshaus von Mahlow



Roman von Gert Rothberg

Copyright by Feuchtwanger Halle/Saale

8

Es folgten einige Tage voll Schönheit und Ruhe für Horst Mahlow. Als er an einem frühen Morgen mit dem Schiffe aus dem Hafen auslief, war es ihm doch, als lasse er ein Stück Heimat zurück.

Das machte wohl, weil der beste, treueste Freund ein Sohn dieses Landes war. Und bei ihm weilte nun noch die Schwester als geliebte Frau. Ein enges Band schlang sich jetzt zwischen hüben und drüben.

* * *

Horst wäre ganz gut ohne Schiffsbekanntschaften ausgekommen. Ihm war vieles Alleinsein direkt Bedürfnis geworden. Da er aber nach einiger Ueberlegung seine Mahlzeiten mit im prunkvollen Speisesaal der ersten Klasse einnahm, so ergab sich eben diese oder jene Bekanntschaft ganz von selbst.

An der Tafel saß er mit sehr netten Leuten zusammen. Mister Svenson aus Philadelphia erklärte ihm in seiner kurzen und sympathischen Sprechweise, daß Amerika und Deutschland sich einander brauchten. Seine Tochter Ellen, eine schlanke, blonde, junge Dame, sah den hochgewachsenen Deutschen schwärmerisch an. Sie war gar nicht kokett, sondern lieb und natürlich; aber ihr Vater merkte doch bald genug, wie gut ihr der Deutsche gefiel.

Mister Svenson dachte:

„Warum denn nicht? Schade, daß wir ihn erst hier auf dem Schiffe kennenlernen! Na, die Reise dauert immerhin noch so und so viele Tage, Sturm ist obendrein angesagt; es kann sich also allerlei ereignen."

Abends tanzte man im Gesellschaftssaal, und es kam ganz von selbst, daß Horst Mahlow mit den Svensons an einem Tische saß, und daß er schließlich sogar tanzte.

Horst hatte derartigen Gesellschaften gänzlich fernbleiben wollen. Einige Nachtstunden auf Deck, neben dem diensthabenden Offizier wären ihm auch jetzt noch lieber gewesen. Doch er wollte die beiden, ihm so sympathischen Menschen nicht enttäuschen. Und letzten Endes war ja auch nötig, daß er sich endlich wieder an Menschen gewöhnte. Er konnte und wollte doch nicht den Seinen daheim gleich wieder Kränkungen zufügen. Dazu gehörte unbedingt, daß er sich nicht zurückzog, wenn die Eltern einige gute Bekannte eingeladen hatten.

Ein großer, starker, blonder Herr kam auf den Tisch zu. Sein Gesicht wies unverkennbar den Typ des Genußmenschen auf, dennoch lag in seinen Augen ein gehetzter Ausdruck.

Mit einer Verbeugung stellte er sich vor:

„Ludwig Möller aus Deutschland! — Die Herrschaften verzeihen die Störung; aber meine Frau würde sich sehr freuen, Herrn Mahlow begrüßen zu können. Sie war leider gleich die ersten Tage auf dem Schiffe unpäßlich, und wir sind in unserer Kabine geblieben. Daher kommt es, daß Sie sich noch nicht begegnet sind, denn Sie sind ja alte Bekannte."

Horst stellte die amerikanischen Herrschaften vor, und dann entschuldigte er sich für kurze Zeit, um Herrn Möller zu folgen.

Ludwig Möller!

Der Name besagte nichts!

Horst Mahlow dachte nicht einmal daran, daß sein Schwager Korne ihm erzählt hatte, der bisherige Besitzer von Sandersheim sei ein Herr Möller gewesen.

Nein, daran dachte Horst jetzt nicht. Ihm war es nur sehr unangenehm, daß ihn irgendeine Dame der Gesellschaft erkannt hatte, die ihn von früher her kannte und nun, da sie sich vielleicht in der Umgebung fremder Menschen langweilte, ein bißchen mit ihm plaudern wollte.

Die beiden Herren schritten nebeneinander dahin.

In der einen Ecke des Saales räkelte sich unter einer großen Fächerpalme eine Dame.

Tizianrotes Haar schimmerte um eine weiße Stirn, hoch aufgebaucht, dunkle Augen strahlten; eine dunkle, lockende, wohllautende Stimme erklang:

„Seien Sie nicht böse, Herr Mahlow, daß mein Mann Sie auf meinen Wunsch hin einer gewiß amüsanten Umgebung entführt hat. Doch ich mußte unbedingt ein bißchen mit Ihnen plaudern. Kehrt der Weltenbummler etwa jetzt wirklich heim?"

Mit einem berückenden Lächeln blickte die schöne Frau in sein Gesicht, während sie ihm die gepflegte, mit kostbaren Ringen geschmückte Hand entgegenhielt.

Er aber blickte sie starr an.

Lelia Nordstetten!

Die Frau, um die er alles aufs Spiel gesetzt. Die Frau, die ihn geliebt hatte, für die er ungeheure Summen ausgegeben und die ihn mit dem Erstbesten betrog!

Sie wagte es!

Sie wagte es, ihn mit diesem Lächeln wieder locken zu wollen? Wenn er ihr doch jetzt seine ganze Verachtung ins Gesicht hätte schreien können!

Doch sie hatte sich gut geschützt!

Sie wußte, daß er ihr nichts anhaben konnte. Er mußte und würde den Kavalier wahren, würde schweigen von dem, was die Vergangenheit barg.

Er beugte sich über ihre Hand.

Sie zuckte zusammen.

An diesem Handkuß spürte sie, wie sehr er fertig sein wollte mit ihr.

Die Augen Ludwig Möllers waren halb zusammengekniffen. Mit diesen halb zusammengekniffenen Augen beobachtete er die beiden Menschen. Um seinen vollen Mund legte sich ein überlegenes Lächeln.

„Aber bitte, Herr Mahlow, nehmen Sie doch Platz! Sie wollen doch sicherlich mit meiner Frau einige angenehme Erinnerungen austauschen."

Sehr verbindlich wurde es gesagt, und Ludwig Möller nahm gleichfalls Platz.

Lelia zuckte zusammen.

Gedachte Ludwig etwa, jetzt hier sitzenzubleiben? Eine Taktlosigkeit wäre das doch. Er hatte sich bisher derlei nicht zuschulden kommen lassen, weshalb nun auf einmal? War er etwa auf diesen großen, schönen Menschen eifersüchtig? Wie unbequem das wäre!

Lästig wäre es!

Denn sie dachte ja gar nicht daran, so ohne weiteres wieder aus Horst Mahlows Leben zu verschwinden. Sie hatte ja auch in den letzten Jahren viel an ihn gedacht, an den schönen, stolzen, leidenschaftlichen Menschen. Und nun wollte sie auch wieder mit ihm zusammen sein.

Lelia hob den Kopf mit dem kunstvoll gefärbten und frisierten Haar.

„Ich habe Sie vorhin einen Weltenbummler genannt, der jetzt heimkehrt. Habe ich recht?"

„Ja! Und doch nicht ganz. Ich war kein Weltenbummler, der sich zu seinem Vergnügen da draußen herumgetrieben hat. Ich mußte damals verschwinden, weil mein unerhörter Leichtsinn keinen anderen Weg mehr zuließ."

„Ah!"

Ein aufleuchtender Blick traf ihn.

Dann sagte Lelia:

„Erzählen werden Sie aber doch können? Irgendein Abenteuer! Ich höre Abenteuer gern."

„So? Was ich erlebte, dürfte Sie aber kaum interessieren, gnädige Frau."

„Erwartet man Sie eigentlich daheim?"

Sie blieb noch immer sehr liebenswürdig; aber in ihren dunklen Augen zuckte es gefährlich auf.

Er kannte dieses gefährliche Leuchten; doch es berührte ihn nicht. Nichts konnte ihn berühren, was diese Frau sagte oder tat.

Er erwiderte:

„Ja, man erwartet mich. Meine Schwester Edelgard hat sich mit John Korne in Neuyork vermählt. Der hat unser Nachbargut Sandersheim gekauft, und ich werde es jetzt für ihn bewirtschaften. Mein Vater mag nur noch recht lange Herr auf Mahlow bleiben."

Ludwig Möller streckte den Kopf vor, sagte jedoch nichts.

Lelia aber lachte hell auf.

„Das ist ja köstlich. Unser Gut Sandersheim? Hast du gehört, Ludwig?"

Möller nickte.

„Es gibt nur einen John Korne! Ich wußte ja, daß er der Käufer meines Gutes Sandersheim ist. Ich wußte nur nicht, daß Herr Mahlow jetzt gerade dorthin gehen wird."

Eine peinliche Situation, die das klare, lockende Lachen Lelias zu vertreiben suchte, was ihr schließlich auch gelang.

Ludwig Möller reichte Horst Mahlow die Hand.

„Sandersheim wäre auf jeden Fall verkauft worden; es ist ja aus diesem Grunde ganz gleich, wer heute der Besitzer ist. Natürlich interessiert es einem für den Augenblick. Aber hier sehe ich Sekt! Noch dazu meine Lieblingsmarke. Wollen wir nicht einmal trinken?"

Er füllte die Gläser

Und die feinen Kelche klangen mit silbern verhallendem Ton aneinander.

Horst Malow dachte:

„Wie albern diese ganze Situation ist! Und herbeigezwungen durch diese Frau! Sie, die alle Ursache gehabt hätte, von der Vergangenheit zu schweigen."

Natürlich erwartete sie von ihm, daß er mit ihr tanzte. Und er bereute jetzt, das bereits mit Ellen Svenson getan zu haben, denn nun glaubte diese leidenschaftliche Frau hier, die er einmal bis zum Wahnsinn geliebt, daß er sich auch ihr als Tänzer zur Verfügung stellen müsse.

Ludwig Möller tanzte nicht, und er machte eine leise Bemerkung zu Horst Mahlow. Dessen schöngeschnittener Mund mit dem harten Zug preßte sich zusammen.

Er erhob sich und bat Lelia um den Tanz.

Ihre Hand zitterte leicht, als sie sie auf seinen Arm legte.

Und nun tanzten sie.

Seine großen, dunklen Augen blickten spöttisch in Lelias blasses Gesicht.

„Gnädige Frau, Sie tanzen schöner denn je. Und diese fünf Jahre sind spurlos an Ihnen vorübergegangen."

„Ja? Wenn Sie das sagen, macht es mich glücklich. Aber — weshalb dieses kalte, fremde Sie, wenn niemand uns hört, Horst?"

„Gnädige Frau, zwischen einst und heute steht zu viel, als daß auch nur der Schatten von einst hier ein Recht hätte."

„Was steht zwischen uns?"

„Ihr Gatte!"

„Ich bin frei, sobald ich es will. Er gilt mir nichts. Ich wollte nur seinen Reichtum."

„Gnädige Frau, Ihre Beweggründe zu dieser Ehe interessieren mich nicht!", sagte er schroff.

„Ich werde mich von ihm lösen."

„Das ist Ihre Sache! Ich möchte Ihnen nur sagen, daß ich die Erneuerung unserer Bekanntschaft höchst überflüssig finde und daß ich in Zukunft lieber auf weitere Begegnungen verzichte."

Sie blickte ihn entsetzt an; dann stieß sie hervor.

„Horst! Ich habe Möller nur genommen, weil er reich war."

„Aber weshalb denn nur diese — wie soll ich sagen, Verteidigung? Sie konnten tun und lassen, was Sie wollten. Sie waren keinem Menschen Rechenschaft schuldig. Mir bestimmt nicht. Und um Sie noch ganz aufzuklären: Zwischen uns steht außer Ihrem Manne Otto Leuken, Baron von Füßen, das Falschspiel in Ihrem Klub und — meine völlig erkaltete, gestorbene Liebe zu Ihnen!"

Da wankte die Frau.

Sein Arm stützte sie; aber seine großen Augen blickten sie verächtlich an.

Der Tanz war zu Ende.

Er führte sie auf ihren Platz zurück.

Ludwig Möller schlug irgend etwas vor; doch Horst Mahlow sagte:

„Leider bin ich für den heutigen Abend engagiert. Ich möchte die Herrschaften nicht enttäuschen. Gestatten Sie also, daß ich mich jetzt Miß Svenson und ihrem Vater wieder widme!"

Eine tiefe Verbeugung, dann ging er fort, quer durch den Saal.

In Lelias Augen stand heller Haß. Er leuchtete zu dem Mädchen hinüber, neben dem jetzt Horst Mahlow saß und mit dem er sich liebenswürdig unterhielt.

Was war ihm dieses blonde Mädchen? Stand sie ihm nahe, daß er so schroff und unversöhnlich die vergangene Zeit von sich weisen konnte?

Die Leidenschaft in ihr war wieder erwacht. Er hatte sich nur wenig verändert. Seine hohe, schlanke Figur war vielleicht ein klein wenig breiter in den Schultern geworden. Sein Gesicht mit dem harten Zug erweckte den Wunsch, von diesem Manne geküßt zu werden, auch wenn eine Frau vielleicht nicht wußte, wie heiß und leidenschaftlich Horst Mahlow küssen konnte. Sie, Lelia, wußte es!

Und sie wollte ihn wieder besitzen!

Süß und leise spielte die Musik:

„Du bist für mich die schönste Frau! Ich liebe dich!"

Voll Frohlaune summte man ringsum die Melodie mit.

Ludwig Möller blickte auf seine Frau.

Seine Frau!

Aber was wußte er eigentlich von ihr?